



Arbeitskreis

Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen

Deutsche Evangelische Allianz

AKREF-Nachrichten

Arbeitskreis für Religionsfreiheit – Menschenrechte – verfolgte Christen
der Deutschen Evangelischen Allianz

Ulrike C. Nyboer – [redaktion at akref.de](mailto:redaktion@akref.de)

Nachrichten vom 13.01.2017 bis 20.01.2017

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
Ägypten: Präsident will größte Kathedrale des Landes bauen lassen	4
Albanien: Eisiger Winter mit Folgen	5
Allianzgebetswoche: Junger Muslim bedankt sich bei Christen	6
Ägypten: Angst unter Christen	7
Ägypten: Auf Prozess verzichtet	8
Ägypten: Christlicher Pilgerweg - öffentliche Debatte	9
Ägypten: Christliches Ehepaar ermordet aufgefunden	10
Ägypten: Pogrom-Rädelsführer kommen ohne Strafe davon	12
Österreich: Korankennerin Sabatina James erklärt	13
China: Prominenter Geistlicher erneut verhaftet	14
Deutschland: 650 Christen demonstrieren in Nürnberg für Religionsfreiheit	15
Deutschland: BAMF widerspricht Vorwürfen	16
Deutschland: Gerichtsurteil - „Fehlurteil“	17
Deutschland: Kirchliche Kindertagesstätten zu wenig evangelisch	18
Frankreich: Jeden Monat drei neue evangelikale Gemeinden	19
Gambia: Für drei Monate den Notstand ausgerufen	20
Gambia: Jammeh hat Truppen stationiert	21
Großbritannien: Koranlesung im Gottesdienst	22
Irak: Muslim stellt vom IS zerstörtes Kreuz wieder her	23
Israel: Eine Islamisierung verhindern	24
Israel: Gespräche über Frieden im Buchladen	25
Jemen: Auch viele Kinder sind Opfer des Konflikts	26
Libanon: Christliche Gemeinden schrumpfen	27
Mali: Video von entführter Schweizer Missionarin aufgetaucht	28
Marokko: Bericht über Arbeit mit Kindern	29
Mexiko: Vermisster Priester tot aufgefunden	30
Myanmar: Lage des muslimischen Volkes der Rohingya	31
Myanmar: Zwei Christen in Kachin vermisst	32
Nigeria: Bombenabwurf aus Versehen?	33
Pakistan: Premierminister tritt für religiöse Minderheiten ein	34
Philippinen: Muslime finden zum Glauben	35
Russland: Russisch-orthodoxe Kirche: Renaissance des Gemeindelebens	36
Spanien: Jeden Monat zwölf neue evangelische Gemeinden	37
Sri Lanka: Buddhisten zerstören Kirche	38

Syrien: 100.000 Syrer im Würgegriff des IS	39
Syrien: Rückgang der Zahl der Christen	41
Syrien: Russisch-orthodoxer Patriarch soll Syrien besuchen	42
Türkei: Wegen Genoziderwähnung suspendiert	43
USA: Keine Sonderregelungen für Kubaner	44
Weltweit: 200 Millionen verfolgte Christen	45
Weltweit: Alle sechs Minuten stirbt ein Christ	47
Links	48
Menschenrechtsorganisationen:	48
Wichtige englischsprachige Internetseiten	48

Ägypten: Präsident will größte Kathedrale des Landes bauen lassen

Zentrum für islamische Rechtsfragen erklärt Kirchenneubau für rechtens

Kairo (idea) – Ägyptens Präsident Abdel Fattah al-Sisi (Kairo) setzt sich für die koptische Kirche im Land ein. Wie er ankündigte, soll in einem neuen Stadtteil am Rand der Hauptstadt bis 2018 die größte Kirche des Landes errichtet werden. Mit der Unterstützung aller Ägypter werde das Land in der Lage sein, „Gutes und Licht“ zu exportieren. Man wolle der Welt zeigen, wie Liebe, Frieden, Stabilität und Sicherheit das Miteinander prägen könnten. Wenn das gelinge, werde Ägypten wieder groß sein, sagte al-Sisi. So sollen auch fast alle Kirchen, die Ziel in einer Welle der Gewalt gegen Christen nach der Ablösung des früheren Präsidenten Mohammed Mursi gewesen waren, wiederaufgebaut werden. 2013 waren mindestens 65 Kirchen und kirchliche Einrichtungen wie Schulen oder Buchläden zerstört worden. Etwa zehn Prozent der 90 Millionen Einwohner Ägyptens sind Mitglieder der orthodoxen koptischen Kirche. Wie al-Sisi weiter berichtete, sind nach dem jüngsten Selbstmordattentat auf einen koptischen Gottesdienst mit 27 Toten am 11. Dezember in Kairo vier Hintermänner verhaftet worden. Alle seien Anhänger der Muslimbruderschaft. Die Verantwortung für das Attentat hatte die Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) übernommen. Inzwischen hätten Ikonen-Fachleute aus Italien mit den Renovierungsarbeiten am Gebäude der betroffenen Gemeinde begonnen.

„Haus der Fatwa“: Der Islam unterstützt Gesetze, wonach alle Bürger gleich sind

Unterdessen hat das Zentrum für islamische Rechtsfragen, das „Haus der Fatwa“, bestätigt, dass der Bau von Kirchen legitim ist, wenn dabei die Gesetze des Landes eingehalten werden. Der Islam unterstütze Gesetze, die auf dem Prinzip der Gleichheit aller Bürger basieren, teilte das Zentrum unter Leitung des ägyptischen Großmuftis Schawki Ibrahim Allam mit. Der Prophet Mohammed selbst habe das Prinzip der „Gegenseitigkeit“ zwischen Staaten mit unterschiedlicher religiöser Identität gefördert.

Albanien: Eisiger Winter mit Folgen

(AVC) Auch in Albanien erleben die Menschen gegenwärtig einen Winter, wie es ihn seit Jahrzehnten nicht mehr gegeben hat. Seit Tagen liegen die Temperaturen weit unter Null. Vielerorts sind die Wasserleitungen eingefroren, was zu großen Problemen führt. Deshalb beten wir für die Menschen in Albanien.

Besonders Obdachlose schweben angesichts der Temperaturen in Lebensgefahr. In der vergangenen Woche erfor in Durrës bereits die zweite Person. Das AVC Team hilft nach Kräften mit Decken. Doch auch die restliche Bevölkerung leidet: Die Regierung hat alle Schulen schliessen lassen. Grund dafür sind nicht nur die ungeheizten Schulhäuser, sondern auch die starke Grippewelle, die den grössten Teil Albaniens erfasst hat.

Emra, ein Freund unseres Teams, kämpft jedoch mit einer viel gefährlicheren Krankheit. Aufgrund von Tuberkulose wurde er an der Lunge operiert. Sein Zustand ist stabil, aber er muss weiter medikamentös behandelt werden und braucht jeden Tag einen sehr speziellen Verbandwechsel. Es brauchte viel Einsatz von unseren Mitarbeitern um die einheimischen Ärzte zum Handeln zu bewegen. Auch jetzt kümmern sie sich um Emra und seine Familie mit Besuchen, warmen Mahlzeiten und Kleidung. Sobald die Temperaturen es zulassen, wird auch ihr marodes Haus repariert.

ACV bittet um Gebet:

- für **Bewahrung der Obdachlosen in der Kälte;**
- für **Weisheit für unser Team, um gezielt helfen zu können;**
- um **vollständige Genesung für Emra**

Quelle: [AVC](#)

Allianzgebetswoche: Junger Muslim bedankt sich bei Christen

Frühere thüringische Ministerpräsidentin: Christen helfen auf vielfältige Weise



Wuppertal (idea) – Christen sind als Kinder Gottes besonders dazu aufgerufen, Menschen in Not zu helfen. Das sagte die ehemalige thüringische Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) bei einer Podiumsdiskussion der Evangelischen Allianz Wuppertal im Stadtteil Ronsdorf am 13. Januar. Anlass war die Allianzgebetswoche. Jeder Mensch sei einzigartig und erhalte von Gott eine unantastbare Würde, so Lieberknecht. „Das gilt vom ungeborenen Leben im Mutterleib bis zum letzten Atemzug auf dem Sterbebett.“ Christen leisteten deshalb auf vielfältige Weise Hilfe in der Gesellschaft. Die Politikerin würdigte insbesondere Engagement vieler Christen für Flüchtlinge. „Kirchgemeinden sind feste Knotenpunkte in den Netzwerken der Flüchtlingshilfe und Orte für Integration. Viele Gemeindeglieder haben persönlich ihre Wohnungen und Häuser geöffnet und laden Flüchtlinge zu sich nach Hause ein.“ Zustimmung erhielt Lieberknecht von einem jungen syrischen Muslim, der ebenfalls an dem Podiumsgespräch teilnahm. Der 26-Jährige, der 2015 als Flüchtling nach Wuppertal kam, bedankte sich für die Hilfe und Gastfreundschaft, die er von evangelischen Christen erfahren habe.

Düsseldorf: Oberbürgermeister dankt den Kirchen

Die Hilfe der Kirchen für Flüchtlinge sei praktizierte Nächstenliebe, sagte Oberbürgermeister Thomas Geisel (SPD) bei der Allianzgebetswoche in Düsseldorf. Der Politiker nahm an dem Eröffnungsgottesdienst in den Räumen der Evangelischen Stadtmission teil. Christen wüssten, dass Jesus die Welt erlöst habe und alle Menschen Gottes Kinder seien, äußerte er in seinem Grußwort.

Köln: Verein eröffnet Gebetshaus

In Köln kamen im Rahmen der Allianzgebetswoche 150 Besucher zur Eröffnung des Gebetshauses Köln in die Räume der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinde Köln Süd. Die Initiative sei im Frühjahr 2016 als kleiner Gebetskreis gestartet und schnell gewachsen, berichtete Mitgründerin Susanne Gottschlich (Köln) idea. Die Mitglieder gehörten zu verschiedenen Gemeinden der Evangelischen Allianz. Im Dezember wurde der Verein „Gebetshaus Köln“ gegründet. Er ist mit seinen jeweils donnerstags stattfindenden Gebetsabenden vorerst Untermieter der freikirchlichen Gemeinde. Die gemeinsame Vision der Mitglieder sei „ein Gebetshaus in Köln, in dem ununterbrochen – 24 Stunden am Tag, 7 Tage in der Woche – Lobpreis und Gebet stattfinden“, so Gottschlich.

Oberhausen: Christliches Rap-Konzert

In Oberhausen veranstaltete die örtliche Evangelische Allianz ein Gospel Rap Konzert. Zu der Veranstaltung kamen 250 meist jugendliche Besucher. In der Apostelkirche traten die Künstler Kevin Neumann, Davee, Capo di Capi, Word und Fil_da_elephant auf, die rhythmusbetonten Sprechgesang mit christlichen Texten darboten.

Siegen: Zusammenarbeit mit der „Siegener Zeitung“

In Siegen konnte die Evangelische Allianz die Redaktion der örtlichen „Siegener Zeitung“ erstmals überzeugen, die 60 Treffen der Gebetswoche täglich in einer eigenen Terminübersicht anzukündigen. Das sei von den Veranstaltern positiv aufgenommen worden, berichtete der Vorsitzende der Evangelischen Allianz Siegen, Major Alfred Preuß von der Heilsarmee Siegen, gegenüber idea. Unklar sei aber noch, wie es sich auf die Besucherzahlen der Veranstaltung ausgewirkt habe.

Ägypten: Angst unter Christen

Eine Reihe von Morden sorgt unter den koptischen Christen Ägyptens für Angst und Verunsicherung. Der jüngste Fall: Ein Arzt wurde in seiner Wohnung erstochen.

In Ägypten hat es mehrere Morde an koptischen Christen gegeben. Bei der jüngsten Bluttat am vergangenen Freitag wurde ein koptischer Arzt in seiner Wohnung erstochen. Das berichtet der vatikanische Pressedienst Asianews. Der Arzt hatte als Chirurg in Asiut, rund 370 Kilometer südlich von Kairo, gearbeitet.

Bereits am 5. Januar wurde ein Ehepaar im Schlaf ermordet. Die österreichische Agentur Kathpress berichtet, es seien mehrere Verdächtige festgenommen worden, über das Motiv sei aber noch nichts bekannt. (siehe auch Meldung [AKREF](#))

Auf offener Straße erstochen

Am 3. Januar wurde ein Kopte in Alexandria ermordet. Yousef Lamai wurde auf offener Straße von einem mutmaßlichen Islamisten niedergestochen, der „Allahu akbar“ geschrieen haben soll, bevor er den Mord vor den Augen der Passanten beging. „Ich habe ihm immer wieder gesagt, er soll keinen Alkohol verkaufen, aber er wollte mich nicht hören“, schrie der Täter nach seiner Verhaftung laut der katholischen Nachrichtenagentur (KNA).

Die koptischen Christen erleben momentan ein Serie von Gewalt. Am 11. Dezember 2016 wurde in der Peter- und-Paul-Kirche, neben dem koptisch-orthodoxen Patriarchat in Kairo, ein Selbstmordattentat, verübt. 29 Menschen wurden dabei getötet und Dutzende verletzt.

„Jedes Mal, wenn ich dorthin gehe, habe ich Angst, das nächste Opfer zu sein“, sagte Adel Ishak, ein 30-jähriger Buchhalter, der drei der Opfer des Anschlages vom Dezember kannte. Der Vater eines der Opfer sagte gegenüber Asianews: „Letztlich war es mir möglich, die Angst zu überwinden. Jetzt gehe ich wieder zur Kirche.“ (pro)

Von: Ire, Quelle: Christliches Medienmagazin pro

Ägypten: Auf Prozess verzichtet

Der Fall der bei sektiererischen Ausschreitungen misshandelten und gedemütigten 70jährigen Christin wird nur archiviert

Minya (Fides) – Im Fall der 70jährigen koptischen Christin Suad Thabet, die bei sektiererischen Ausschreitungen in Karm im Mai vergangenen Jahres entkleidet und misshandelt worden war, verzichten die ägyptischen Justizbehörden auf einen Prozess. Wie der Anwalt des Opfers mitteilt, beschloss die Staatsanwaltschaft am vergangenen 14. Februar, dass der Fall "wegen mangels an Beweisen" archiviert werden soll. Im Interview mit einem koptischen Fernsehsender mit Sitz in den USA, berichtet die Frau, dass sie und ihre Familie seit dem Anschlag nicht mehr in das Dorf zurückgekehrt seien, nachdem die Familie von Extremisten bedroht worden war.

Die Episode der sektiererischen Gewalt in Karm, zu der es kurz nach dem Besuch des Großimams der al-Azhar-Universität, Ahmed al-Tayyib, bei Papst Franziskus in Rom gekommen war, hatte insbesondere wegen der Demütigung der 70jährigen Frau in der ägyptischen Öffentlichkeit großes Aufsehen erregt. Bei dem Überfall auf das Dorf waren auch zahlreiche Geschäfte und Wohnungen koptischer Christen geplündert und in Brand gesteckt worden.

Kurz nach dem Anschlag hatte der koptisch-orthodoxe Patriarch Tawadros II. in einer Verlautbarung seiner Befürchtung Ausdruck verliehen, dass die Unfälle in Karm zu einer neuen Spirale der Gewalt zwischen den Religionen führen könnten. Auch Präsident Abdel Fattah al Sisi forderte bereits am 26. Mai die zuständigen Mitarbeiter der Regierung auf, die Täter von Karm rasch zu identifizieren und zu bestrafen. In den Wochen nach dem Überfall wurden 8 von insgesamt 14 Verdächtigen festgenommen.

(GV) (Fides 16/1/2016).

Ägypten: Christlicher Pilgerweg - öffentliche Debatte

"Pilgerweg der Heiligen Familie" steht erneut im Mittelpunkt der öffentlichen Debatte

Kairo (Fides) – Der "Pilgerweg der Heiligen Familie" zu den Orten, an denen sich die Heilige Familie der Überlieferung nach während des Exils in Ägypten aufhielt, ist erneut Gegenstand einer der öffentlichen Debatte zwischen ägyptischen Politikern und Fremdenverkehrsexperten. Bei einem Besuch im koptischen Patriarchat betonte der Präsident des ägyptischen Abgeordnetenhauses, Al Abdel Aal, dass der Pilgerweg, auf dem Touristen den Spuren von Josef, Maria und dem Jesuskind in Ägypten folgen sollen, für alle Ägypter, nicht nur für Christen von Bedeutung wäre.

Drauf erwiderte der stellvertretende Vorsitzende des Verbandes der Fremdenführer in Ägypten, dass die von den ägyptischen Politikern bisher gemachten Versprechen hinsichtlich der Förderung eines solchen Projekts bisher leider noch nicht konkret umgesetzt worden seien, obschon sich auch Minister und Ministerpräsidenten, darunter Ibrahim Mahalab, Premierminister von März 2014 bis zum September 2015, solche Versprechen abgegeben hätten.

Die Initiative des "Pilgerwegs der Heiligen Familie" wurde bereits vor 20 Jahren auf den Weg gebracht. Nach Ansicht von Fremdenverkehrsexperten sollte das Fremdenverkehrsministerium im Auftrag der Regierung dafür die notwendigen Infrastrukturen bereitstellen.

Ende 2016 hatte das Fremdenverkehrsministerium einen Ausschuss für die Förderung des "Pilgerwegs der Heiligen Familie" unter Leitung von Hisham el Demeiri eingerichtet, der als ehemaliger Chef des zuständigen Büros in Kairo bereits die Restaurierung der Felsenkirche Abu Sarga aus dem 5. Jahrhundert auf den Weg brachte, wo sich die heilige Familie vor der Rückkehr nach Palästina aufgehalten haben soll. Im vergangenen September hatten 24 Vertreter des ägyptischen Parlaments bei der Economic Conference del New Jersey der American Coptic Association politische Unterstützung für das Projekt des "Pilgerwegs der Heiligen Familie" in Aussicht gestellt, der Pilger aus aller Welt anziehen soll.

Die Befürworter der Initiative sind der Ansicht, dass pro Jahr rund eine Million Pilger insbesondere während der Weihnachtszeit, den „Pilgerweg der Heiligen Familie“ besuchen könnten. Vor zwei Jahren wurde ein Pilgerweg auf den Spuren der heiligen Familie in Ägypten vorgestellt, der ausgehend von Al-Arish im Norden der Sinai-Halbinsel über das Wadi Natron-Delta bis nach Assiut und zum Marienkloster Al-Muharraq führen soll.

(GV) (Fides 12/1/2017)

Ägypten: Christliches Ehepaar ermordet aufgefunden

Mehrere Gewalttaten gegen Kopten innerhalb kurzer Zeit

(Open Doors, Kelkheim) – Nur knapp einen Monat nach dem Anschlag auf eine Kirche in Kairo, bei dem 27 Christen getötet und viele weitere – zum Teil lebensgefährlich – verletzt wurden, kam es in der vergangenen Woche zu weiteren Gewalttaten gegen koptische Christen in Ägypten. Am Morgen des 6. Januar wurde ein christliches Ehepaar erstochen in seinem Bett aufgefunden, nur drei Tage zuvor hatte es bereits einen ähnlichen Mord gegeben.

Ein schrecklicher Weihnachtsmorgen

Es war der Weihnachtstag der koptischen Christen. Nachdem Kirolos Sami seine Eltern Gamal (60) und Nadia (48), die in einiger Entfernung im Gouvernement Al-Minufiyya im Norden des Landes wohnten, am Vormittag telefonisch nicht erreichen konnte, alarmierte er seinen Onkel Magdy Amin Girgis und bat ihn, nach dem Rechten zu sehen. Dieser suchte daraufhin das Haus seiner Schwester und ihres Mannes auf, wo er noch am Abend zuvor mit den beiden gegessen hatte – nicht ahnend, was ihn dort erwartete. Als ihm niemand die Tür öffnete, rief er einen Tischler zur Hilfe, um in das Haus zu gelangen. Der Anblick, der sich ihm im Schlafzimmer seiner Verwandten bot, war schrecklich: Die beiden waren in ihren eigenen Betten grausam ermordet worden.

Getötet wegen ihres Glaubens

Nach Aussagen der Polizei handelt es sich um einen Raubmord, aber Magdy berichtete gegenüber World Watch Monitor, dass Nadia noch ihren Schmuck getragen und auch sonst nichts gefehlt habe. Deshalb geht er fest davon aus, dass die beiden wegen ihres christlichen Glaubens ermordet wurden. Das Ehepaar wurde noch am selben Tag bestattet, die Trauerfeier fand in der koptisch-orthodoxen Mar-Girgis-Kirche unter erhöhten Sicherheitsvorkehrungen statt. Neben ihrem Sohn Kirolos hinterlassen die Samis eine verheiratete Tochter, Marian. Um ihrer Trauer über die Ermordung Ausdruck zu verleihen, sagten alle drei Kirchen in dem Dorf Tukh El-Dalkah, wo das Ehepaar lebte, ihre Weihnachtsgottesdienste an diesem Tag ab.

Feindseligkeit gegenüber Christen nimmt zu

Als Hauptverdächtige für den Doppelmord gelten zwei Männer, die ihre Opfer Berichten zufolge nicht persönlich kannten. In Tukh El-Dalkah wohnen hauptsächlich Christen, es gibt jedoch auch einige salafistisch geprägte Dörfer in der Umgebung. Erst drei Tage zuvor war in Alexandria ein anderer koptischer Christ, Youssef Lamei, unter ganz ähnlichen Umständen ermordet worden.

Ungefähr zehn Prozent der Bevölkerung sind koptische Christen. Aufgrund ihrer langen Geschichte im Land werden sie von der Regierung und dem muslimischen Teil der Gesellschaft in gewissem Maße toleriert, auch wenn sie in ihrem Alltag zahlreichen Diskriminierungen ausgesetzt sind. In den vergangenen Jahren hat sich die Situation jedoch durch zunehmende Angriffe vonseiten islamistischer Gruppen merklich verschlechtert.

Quellen: World Watch Monitor, Open Doors

Open Doors: Bitte beten Sie für die Christen in Ägypten!

- **Beten Sie für Kirolos und Marian und alle anderen Angehörigen, dass Jesus sie tröstet und ihnen die Kraft gibt, den Mördern zu vergeben.**
- **Bitten Sie Jesus um inneren Frieden und neuen Mut für die Christen, die angesichts der jüngsten Angriffe in Angst leben.**
- **Bitte beten Sie auch für die Mörder, dass sie Jesus kennenlernen und mit ihm ein neues Leben beginnen dürfen.**

Auszug aus einem Bericht von HMK Deutschland: Vier Verhaftungen nach dem Bombenattentat in Kai Laut dem ägyptischen Innenministerium hat die ägyptische Polizei vier Personen verhaftet im Zusammenhang mit dem Anschlag auf die koptische Kirche ‚St. Peter & Paul‘ am 11. Dezember 2016. Die Zahl der Toten stieg inzwischen auf 28 an, so das Gesundheitsministerium.

Laut dem ägyptischen Innenministerium hat die ägyptische Polizei vier Personen verhaftet im Zusammenhang mit dem Anschlag auf die koptische Kirche ‚St. Peter & Paul‘ am 11. Dezember 2016. Die Zahl der Toten stieg inzwischen auf 28 an, so das Gesundheitsministerium.

Präsident Abdel Fattah al-Sisi gab nach dem Attentat bekannt, dass der Täter ein Mann namens Mahmoud Shafik sei, und dass Sicherheitskräfte nach zwei weiteren verdächtigen Männern fahndeten. Das Innenministerium gab dann bekannt, dass einer der beiden gefasst werden konnte. Außerdem noch drei andere Männer, die zur gleichen Terroristenzelle gehörten. Einer sei immer noch auf der Flucht.

Der Islamische Staat bekannte sich zur Tat, doch die Regierung nimmt an, dass der Anschlag auf die verbotene ‚Muslimische Brüderschaft‘ zurückgeht. Die Brüderschaft verurteilte jedoch die Tat und beschuldigte Sisis Regierung, die Kirche nicht genügend geschützt zu haben.

Ägypten: Pogrom-Rädelsführer kommen ohne Strafe davon

IGFM: Islamismus in ägyptischen Behörden und Teilen der Bevölkerung verbreitet – weitere Morde an Kopten

Kairo/Frankfurt am Main (19. Januar 2017) – Die ägyptischen Behörden haben das Verfahren gegen drei Männer eingestellt, die maßgeblich für einen Pogrom gegen die christliche Minderheit in der Ortschaft al-Karm in der Provinz al-Minya verantwortlich waren. Wie die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) berichtet, hatten am 20. Mai 2016 rund 300 bewaffnete Männer die Häuser von sieben koptischen Familien angegriffen, sie ausgeraubt und vier der Häuser angezündet. Die 70-jährige Koptin Souad Thabet wurde nackt ausgezogen, durch die Straßen gezerrt und geschlagen. Wie jetzt bekannt wurde, stellte die zuständige Staatsanwaltschaft am vergangenen Samstag trotz zahlreicher Augenzeugen die Verfahren wegen „Mangel an Beweisen“ ein.

Die IGFM beklagt, dass die versöhnlichen Äußerungen des ägyptischen Präsidenten Feldmarschall Abd al-Fattah as-Sisi in starkem Gegensatz zur diskriminierenden Praxis der Behörden und Übergriffen von Islamisten stehen. „Alleine seit Anfang Januar sind in Ägypten vier Morde an koptischen Christen bekannt geworden, die einen mutmaßlich islamistischen Hintergrund haben“, erklärte IGFM-Vorstandssprecher Martin Lessenthin. „Die Symbolpolitik des Präsidenten ist ein guter Anfang, um die jahrzehntelange Diskriminierung der Minderheiten zu überwinden. Den Symbolen müssen aber konkrete Taten folgen – vor allem muss die Regierung die Willkür der eigenen Behörden unterbinden. Diskriminierung von Minderheiten und Desinteresse an der Strafverfolgung der Täter sind weiter an der Tagesordnung“.

Am 3. Januar schnitt ein Angreifer dem koptischen Christ Youssef Lamei in Alexandria die Kehle durch und rief dabei „Kafir“ („Ungläubiger“) und „Allahu akbar“ („Gott ist am größten“). Die Überwachungskamera eines Ladens hatte den Mord aufgezeichnet. Am 6. Januar wurde ein christliches Ehepaar in seiner Wohnung ermordet. Beiden war ebenfalls die Kehle durchgeschnitten worden. Angehörige schließen einen Raub aus, denn weder Geld noch Wertgegenstände waren gestohlen. Am 13. Januar wurde der christliche Chirurg Dr. Bassam Safwat Atta mit einer tiefen Schnittwunde im Hals in seiner Wohnung ermordet aufgefunden. Auch in diesem Fall waren weder Geld noch der Schmuck der Ehefrau angerührt.

Sowohl die IGFM als auch Medhat Klada, der Vorsitzende des koptischen Dachverbands European Union of Coptic Organizations for Human Rights, sind besorgt über die Zunahme der Angriffe auf Angehörige der koptischen Minderheit in Ägypten.

Kein Schutz durch die Polizei

In Ägypten hatte vor allem die Demütigung der 70-jährigen Koptin Souad Thabet Empörung ausgelöst. Wie sich später herausstellte, soll ein muslimischer Nachbar das Gerücht gestreut haben, dass der Sohn Christin ein Verhältnis mit seiner Frau hatte – um sich leichter von ihr scheiden zu können. Die gesamte koptische Familie erhielt Drohungen und wandte sich am 19. und am Morgen des 20. Mai 2016 an die Polizei mit der dringenden Bitte um Hilfe. Nach Angaben der IGFM blieb die Polizei aber sowohl vor als auch während der Übergriffe völlig untätig.

Hilfe von muslimischen Nachbarn

Dass Souad Thabet nicht umgebracht wurde, lag am mutigen Einsatz des muslimischen Nachbarn Ramadan Kamal. Ihm gelang es unter großem persönlichem Risiko die 70-jährige aus der Gewalt ihrer bewaffneten Peiniger zu befreien und in seinem Haus zu verstecken. Ihr Sohn war bereits eine Woche vorher mit seiner Frau und den vier Kindern geflohen.

Quelle und weitere Infos IGFM

www.menschenrechte.de/aegypten

Österreich: Korankennerin Sabatina James erklärt

was im Koran steht, dass selbst das Töten nach Mohammed Pflicht ist

Mohammed rief zum Töten auf

Wenn jemand als Frau in einer mohammedanischen Familie aufgewachsen ist und dabei miterleben musste, was es bedeutet, den Niqab (Gesichtsschleier) tragen zu müssen und mit Zwangsverheiratung bedroht zu werden, dann sollte man dieser Person endlich glauben, was der Islam für eine Religion ist.

Sabatina James ist eine vom Islam zum katholischen Christentum konvertierte Menschenrechtsaktivistin, Publizistin und Islamkritikerin, die im Untergrund leben muss, weil sie tagtäglich befürchten muss, als vom Islam Abtrünnige von ehemaligen Glaubensbrüdern ermordet zu werden.

Kopftuch ist Unterwerfung der Frau

In einem Gespräch mit dem *Kurier* nahm sie aus derzeit gegebenem Anlass Stellung zur Kopftuchdebatte, wo sie klipp und klar feststellte, dass das Kopftuch das Symbol der Unterwerfung der Frau, ihrer Sexualität und ihrer Selbstbestimmung unter die Herrschaft des Mannes ist. Und um das auch zu festigen, bedienen sich die islamischen Staaten ja auch nicht der UN-Menschenrechtscharta, sondern verwenden ihre eigenen Menschenrechte in der „Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam“, die auf der Scharia beruht und wo den Frauen die Gleichstellung mit den Männern verweigert wird. Wer also, nach Sabatina James, in Österreich das Kopftuch verteidigt, fällt den integrationsbereiten Frauen und Mädchen damit in den Rücken.

Die Pflicht nach Mohammed ist das Töten

Zum Thema „islamische Toleranz“ meinte sie, dass jeder, der die Intoleranz des Islamismus gegen die Selbstbestimmung der Frau toleriere, gar nicht tolerant, sondern im Gegenteil ein Unterstützer der Intoleranz sei.

Mohammed für und Christus gegen Gewalt

Und dass solche Unterdrückung überhaupt möglich sein kann, begründet sie in den unterschiedlichen Persönlichkeiten von Jesus und Mohammed. Denn Jesus hat nie Gewalt gelehrt oder praktiziert, während ein Mohammed Gewalt gelehrt und auch aktiv praktiziert hat. So ist für Sabatina James die Gewalt Mohammeds ein Rückschritt im Vergleich zur Gewaltfreiheit von Jesus Christus.

Artikel in einer österreichischen Zeitung veröffentlicht, [weiterlesen lesen unter:](#)

China: Prominenter Geistlicher erneut verhaftet

Vorwurf: Pastor Joseph Gu soll Gelder veruntreut haben

Hangzhou (idea) – Unter dem Vorwurf, Gelder veruntreut zu haben, ist in der Volksrepublik China der prominente Geistliche **Pastor Gu Yuese** (Hangzhou) am 7. Januar erneut verhaftet worden. Das berichtet die Menschenrechtsorganisation „Christian Solidarity Worldwide“ (Christliche Solidarität Weltweit). Von Januar 2016 bis Ende März 2016 saß Yuese, der auch als Pastor Joseph Gu bekannt ist, bereits in Haft. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur idea hatten ihn als „Gefangenen des Monats“ benannt und dazu aufgerufen, für ihn einzutreten und zu beten. Der Geistliche der staatlich kontrollierten Chonyi Kirche in Hangzhou war am 22. Januar 2016 aus dem Dienst entlassen und sechs Tage später festgenommen worden. Er hatte sich dagegen gewandt, dass in der Provinz Zhejiang Kreuze von den Kirchen abgerissen wurden. Die Behörden begründeten die Kampagne mit Bauvorschriften und der Erhaltung eines einheitlichen Straßenbildes. Doch nach Einschätzung von Menschenrechtlern sollte so der wachsende Zuspruch für christliche Gemeinden eingedämmt werden. Betroffen waren Kirchen aller Konfessionen, auch die staatlich kontrollierten Gemeinden. Die Provinzregierung hatte rund 1.800 Kirchenkreuze demontieren lassen. Seit seiner Freilassung stand Yuese unter Hausarrest und durfte auch nicht mehr als Pastor arbeiten. Seine frühere Gemeinde gehört der Patriotischen Drei-Selbst-Bewegung an und ist eine der größten Gemeinden in China mit über 10.000 Mitgliedern.

Die Regierung verstärkt den Druck auf Christen

Wie der Leiter von Christian Solidarity International, Mervyn Thomas (London), mitteilte, erscheint die Begründung der Behörden nur vorgeschoben zu sein. Allerdings verstärke die chinesische Regierung derzeit den Druck auf registrierte wie nichtregistrierte christliche Gemeinden. Thomas: „Es scheint, dass dieser Fall Teil eines neuen Trends der Intoleranz ist gegenüber Gruppen, die dem Kurs der Regierung kritisch gegenüberstehen.“ Nach Schätzungen leben in der fast 1,4 Milliarden Einwohner zählenden Volksrepublik China bis zu 130 Millionen Christen. Damit übertreffen sie die Zahl der 83 Millionen kommunistischen Parteimitglieder.

Deutschland: 650 Christen demonstrieren in Nürnberg für Religionsfreiheit

Bundestagsvizepräsident: Kein Asylrecht für Christenverfolger



Nürnberg (idea) – Christen sind die „Hauptopfer religiöser Verfolgung“. Diese Ansicht vertrat Bundestagsvizepräsident Johannes Singhammer (CSU) bei einer Kundgebung für Religionsfreiheit der Evangelischen Allianz in Nürnberg. An der Demonstration am 15. Januar nahmen rund 650 Bürger teil. In den „Mutterländern der Christenheit“ wie in Syrien und Irak drohten viele Spuren von 2.000 Jahren christlicher Geschichte ausgelöscht zu werden, so Singhammer. Ihm zufolge müssen die Finanzströme der Terrorbewegungen ausgetrocknet werden. Außerdem sollten sich die westlichen Demokratien dafür einsetzen, dass die Religionsfreiheit überall gelte. Singhammer: „Wenn etwa Saudi-Arabien ankündigt, in Deutschland eine Vielzahl von Moscheen zu errichten, dann verstehen immer weniger, dass sich die Menschen dort nicht in Kirchen und christlichen Gebetsstätten versammeln können.“ Wenn Länder Waffen erhielten und Öl liefern könnten, dann müsse dort auch Religionsfreiheit ermöglicht werden.

Deutschland darf kein Rückzugsort für Christenverfolger sein

Singhammer rief ferner dazu auf, Flüchtlinge über die Religionsfreiheit in Deutschland zu informieren. Während des muslimischen Fastenmonats Ramadan dürften Christen in den Unterkünften nicht gezwungen werden, sich daran zu beteiligen. Deutschland dürfe auch nicht zum Rückzugsort von Tätern werden, die in ihrem Heimatland Christen verfolgt haben. „Es ist unerträglich, wenn geflüchtete Christen dann ihren Tätern auf deutschem Boden wieder begegnen. Wer in Deutschland Christen verfolgt oder auch andere Religionsgemeinschaften, darf kein Asylrecht erhalten“, sagte Singhammer.

Nürnberg's Oberbürgermeister dankt der Evangelischen Allianz

Nürnberg's Oberbürgermeister Ulrich Maly (SPD) dankte als Schirmherr der Evangelischen Allianz in einem schriftlichen Grußwort für den Einsatz für die Religionsfreiheit. Während viele Christen weltweit verfolgt würden, nähmen in Deutschland islamfeindliche Einstellungen dramatisch zu, und der Antisemitismus verfestige sich auf hohem Niveau. Der katholische Priester Jihad Nassif von der Syrischen Maronitischen Kirche sagte, dass es unter den Christen in Syrien zu einem Schulterschluss gekommen sei. Die Konfessionszugehörigkeit spiele keine Rolle: „Wir sind Christen und bekennen uns zur Person Jesus Christus.“ Veranstalter der Kundgebung in der Straße der Menschenrechte war ein breites Bündnis christlicher Gemeinden und Werke. Zur Teilnahme hatten auch fünf mittelfränkische Dekanate der bayerischen Landeskirche aufgerufen. An der Kundgebung beteiligten sich ebenso der frühere bayerische Ministerpräsident Günther Beckstein (CSU) und der ehemalige Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, Günter Gloser (SPD, beide Nürnberg).

Deutschland: BAMF widerspricht Vorwürfen

BAMF: Wir führen keine „Glaubensprüfungen“ durch - Kirchengemeinden müssen prüfen, ob ein Übertritt ernsthaft ist

Chemnitz (idea) – Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat Vorwürfen widersprochen, es führe bei Anhörungen von zum Christentum konvertierten Asylbewerbern „Glaubensprüfungen“ durch. „Das Bundesamt ist gehalten, kein Glaubensexamen vorzunehmen“, sagte Thomas Ewald, Referent in der BAMF-Außenstelle Chemnitz, am 16. Januar in der sächsischen Stadt. Er sprach bei einem Fachtag der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens zum Thema „Gemeindearbeit mit Migranten“. Die Ernsthaftigkeit eines Glaubensübertritts zu prüfen, ist nach Ewalds Worten Aufgabe der Kirchengemeinden und nicht der Behörde. Taufbescheinigungen würden vom Bundesamt auch nicht infrage gestellt. Allerdings hätten die Mitarbeiter des Amtes die Aufgabe, eine sogenannte „Rückkehrprognose“ zu erstellen und zu überprüfen, ob dem Asylbewerber in seinem Herkunftsland tatsächlich Verfolgung drohe wegen seines Glaubens. Ein Asylgrund liege nur dann vor, wenn Gefahr für Leib und Leben bestehe. Deshalb fragten die sogenannten Entscheider des Bundesamtes bei Anhörungen auch, auf welche Weise jemand seinen Glauben lebe. Geschehe das nur im privaten Bereich, dann ergäbe sich daraus auch in seinem Heimatland wohl keine Verfolgung, so Ewald. Folglich liege auch kein Asylgrund vor.

Anwältin: Asylbewerber zur Anhörung begleiten

Nach Worten der Rechtsanwältin Kati Lang (Dresden) müssen Asylbewerber vor dem Bundesamt glaubhaft machen können, dass sie Christen sind. Die Vorlage einer Taufurkunde sei dabei aber „etwas zu dünn“. Ein Brief der Kirchengemeinde, der bestätige, dass sich der Asylbewerber in der Gemeinde engagiere, könne hilfreich sein. Allerdings habe sie beides erlebt – Asylbewerber, denen nicht geglaubt wurde, weil sie zu viel Wissen über den christlichen Glauben präsentierten, und andere, die zu wenig wussten. Lang ermutigte Gemeindemitglieder dazu, Asylbewerber zu ihrer Anhörung zu begleiten. Das sei rechtlich zulässig und könne dazu beitragen, dass alle relevanten Angaben in das Protokoll aufgenommen werden, aufgrund dessen dann über ein Bleiberecht entschieden wird.

Christen und Muslime glauben „nicht dasselbe von dem einen Gott“

Wie der Sekten- und Weltanschauungsbeauftragte der sächsischen Landeskirche, Harald Lamprecht (Dresden), ausführte, glauben Christen und Muslime „nicht dasselbe von dem einen Gott“. Sie stritten nicht darüber, „wer Gott ist, sondern wie Gott ist“. Lamprecht wandte sich gegen eine Theologie des kleinsten gemeinsamen Nenners im interreligiösen Dialog: „Die Trinität ist nicht teilbar.“ Zur Frage des gemeinsamen Gebets zwischen verschiedenen Religionen sagte Lamprecht, man könne zwar nicht zusammen beten, aber zugegen sein, wenn andere beteten. So habe es bereits Papst Johannes Paul II. (1920–2005) einst formuliert. Gemeinsame Gebete mehrerer Religionen oder gemeinsame Formulierungen seien problematisch, so Lamprecht.

Deutschland: Gerichtsurteil - „Fehlurteil“

Anschlag auf Wuppertaler Synagoge: Eine antisemitische Tat wird als Kritik an Israel gewertet. Dieses Urteil der Justiz sei „schlimm“

Wuppertal (idea) – Kritik an der Justiz in Nordrhein-Westfalen ist wegen eines Urteils beim Anschlag auf eine Synagoge in Wuppertal laut geworden. Zum Hintergrund: Drei Palästinenser hatten am 29. Juli 2014 selbst gebastelte Brandsätze in Richtung des Eingangs der Synagoge geworfen. Laut Aussage der Palästinenser war die israelische Militäroffensive im Gazastreifen im Sommer 2014 der Auslöser für ihre Tat. Obwohl die Staatsanwaltschaft Gefängnisstrafen ohne Bewährung gefordert hatte, wurden die Täter 2015 vom Amtsgericht in Wuppertal nur zu Bewährungsstrafen verurteilt. In der Begründung damals hieß es, durch den Angriff allein könne nicht sicher auf Judenfeindlichkeit geschlossen werden. Denn darüber hinaus hätten sich „keinerlei Anhaltspunkte“ dafür ergeben, dass die drei Männer antisemitisch eingestellt seien. Nachdem jetzt das Oberlandesgericht Düsseldorf einen Antrag auf Revision von einem der Angeklagten als unbegründet verwarf, sind die Bewährungsstrafen in Kraft. Wie der Bochumer Journalist Stefan Laurin in einem Beitrag für die Jüdische Allgemeine (Berlin) schreibt, wurde damit aber auch die Begründung des Amtsgerichts „abgenickt“: „Wer in Deutschland versucht, eine Synagoge in Brand zu setzen, ist **kein Antisemit, sondern ein Israelkritiker**, der mit seiner Kritik zu weit gegangen ist.“ Dieses Urteil der Justiz sei „schlimm“. Für gewalttätige oder nicht gewalttätige Kritik an Israel, seiner Regierung oder seiner Armee sei aber die Synagoge „so sehr Ansprechpartner wie eine katholische Kirche oder ein von Türken betriebener Gemüseladen: nämlich überhaupt nicht.“

Kein Richter würde in einem Angriff auf eine Moschee eine Türkeikritik erkennen

Ein Merkmal, mit dem man Antisemitismus erkennen könne, seien die doppelten Standards, die angelegt würden: „Niemand käme auf die Idee, ein hinduistisches Kloster anzugreifen, um gegen die Politik Indiens zu protestieren, oder eine Moschee, um sich gegen Erdogan oder gleich ‚gegen die Türkei‘ zu positionieren.“ Und wer so etwas täte, könnte kaum mit einem Richter rechnen, der in einer Gewalttat „so etwas wie legitime Indien- oder Türkeikritik“ erkennen wollte, so Laurin: „Beim Thema Israel und dem Anschlag auf die Wuppertaler Synagoge hat es aber geklappt.“ Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Wuppertal, Leonid Goldberg, hatte die Entscheidung des Amtsgerichts 2015 gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur idea als „Fehlurteil“ bezeichnet. Die Tat sei aus einer antisemitischen Motivation heraus erfolgt: „Aber in Deutschland will das kaum jemand hören und wahrhaben.“ Wenn in Deutschland eine Moschee beschmiert werde, dann wüssten alle sofort, dass das islamfeindlich ist. Und so sei es eben auch jüdenfeindlich, wenn man eine Synagoge in Brand setzen wolle.

Deutschland: Kirchliche Kindertagesstätten zu wenig evangelisch

Netzwerk bekennender Christen kritisiert die Landeskirche in der Pfalz

Kaiserslautern/Speyer (idea) – In den Kindertagesstätten der Evangelischen Kirche der Pfalz wird das evangelische Profil zu wenig beachtet. Diesen Vorwurf erhebt das Netzwerk bekennender Christen in seinem aktuellen Rundbrief. Hintergrund ist ein Interview der Zeitung „Die Rheinpfalz“ mit einer Kita-Leiterin in Ludwigshafen. In der kirchlichen Einrichtung, deren **Kinder zu 60 Prozent Muslime** sind, hänge bewusst kein Kreuz, sondern in Anlehnung an die Arche Noah das Bild eines Regenbogens. Außerdem gebe es keine genaue Anleitung zu einem Gebet beim Essen, so die Einrichtungsleiterin Heike Ulrich. Jeder könne so beten, wie er es von zu Hause gewohnt sei. Laut Ulrich wird neben den christlichen Festen auch das muslimische Zuckerfest am Ende des Ramadan gefeiert. Die Kinder der Kita besuchten neben Kirchen auch Moscheen. „Wir wollen den Kindern vermitteln, dass jede Religion gleich wert ist“, sagte Ulrich. Die Kita habe dennoch „ganz viel evangelisches Profil“. So spielten christliche Werte im Alltag eine große Rolle: „Da geht es um Toleranz, Rücksichtnahme, ums Teilen, darum, Schwächeren und Jüngeren zu helfen.“

Kreuzabnahme verleugnet christlichen Glauben

In einem Brief an den pfälzischen Kirchenpräsidenten Christian Schad (Speyer) kritisierte das Netzwerk bekennender Christen, dass in der Einrichtung das Kreuz ersetzt wurde: „Wenn wir in unseren kirchlichen Einrichtungen auf das Kreuz verzichten bzw. es abhängen, dann verleugnen wir den christlichen Glauben. Und wir lassen Millionen Christen im Stich und entsolidarisieren uns von jenen Glaubensgeschwistern, die wegen ihres Glaubens zahlreiche Nachteile auf sich nehmen, gefoltert und gemordet werden, gerade auch in islamischen Ländern.“ In den evangelischen Kitas sollten Kinder auch angeleitet werden, „sich im Gebet in einer persönlichen Beziehung an den Vater im Himmel und an den Herrn Jesus Christus zu wenden“. Interreligiöses Beten sei nicht möglich, da der christliche dreieinige Gott nicht identisch mit Allah sei. Man kann nach Ansicht des Netzwerkes auch nicht „Feste zur Ehre anderer Götter feiern, wie zum Beispiel das Zuckerfest“. Die Vereinigung kritisiert weiter die Meinung der Kita-Leiterin, es gäbe keine Unterschiede zwischen den Religionen. „Was gilt in unserer Kirche? Gibt es Offenbarungen Gottes an Christus vorbei oder über ihn hinaus? Gilt der Tauf- und Missionsbefehl Jesu nicht für alle Menschen?“

Vorwurf: Kirchenpräsident antwortet nicht auf konkrete Fragen

Enttäuscht zeigte sich das Netzwerk, dass Schad nicht auf dessen konkrete Fragen geantwortet habe. Man habe lediglich den Bericht des Diakoniedezernenten, Oberkirchenrat Manfred Sutter (Speyer), erhalten, den er bei der letzten Synodaltagung in Speyer im November zum Projekt „Religion.Werte.Bildung“ abgab. Ihm zufolge soll in den evangelischen Kitas jedes Kind erfahren, dass es ein Geschöpf Gottes ist. Schad hatte vor der Synode gesagt, dass es darum gehe, Kinder im christlichen Glauben zu „beheimaten. Kinder sind Missionare ihrer Eltern.“ Gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur idea erklärte der Pressesprecher der Kirche, Kirchenrat Wolfgang Schumacher (Speyer), dass sich der Kirchenpräsident und der Landeskirchenrat nicht weiter zu der Sache äußern wollten. Das Netzwerk bekennender Christen in der Pfalz mit rund 270 Mitgliedern war 2004 als Reaktion auf den Beschluss der Landessynode gegründet worden, die Segnung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften im Gottesdienst zuzulassen. Zum Vertrauensrat gehören die Pfarrer Ulrich Hauck (Barbelroth) und Traugott Oerther (Landau), die Prediger Friedrich Dittmer (Rockenhausen) und Rainer Wagner (Neustadt/Weinstraße), der Betriebswirt Prof. Helmut Meder (Speyer) und der Unternehmensberater Karl Wuttke (Kaiserslautern).

Frankreich: Jeden Monat drei neue evangelikale Gemeinden

Missionswissenschaftler: Das Wachstum hält seit 20 Jahren an

Paris (idea) – In Frankreich haben vor allem freikirchliche evangelikale Gemeinden Zulauf. Das geht aus einer Studie des Nationalen Evangelischen Rates in Frankreich hervor. Demnach entstanden im vergangenen Jahr 35 neue Gemeinden; das entspricht etwa drei Gemeinden pro Monat. Wie der Missionswissenschaftler Daniel Liechti (Paris) der Zeitung „La Croix“ sagte, hält das Wachstum seit rund 20 Jahren an. Mit 650.000 evangelikal geprägten freikirchlichen Christen gebe es heute zehnmal so viele wie Ende der 1950er Jahre. Sie stellen rund ein Drittel aller Protestanten in Frankreich. Im Nationalen Evangelischen Rat in Frankreich sind 30 evangelische Kirchen und Organisationen zusammengeschlossen. 51 Prozent der 66 Millionen Einwohner Frankreichs sind katholisch, 31 Prozent gehören keiner Kirche an, neun Prozent sind Muslime und drei Prozent evangelisch.

Gambia: Für drei Monate den Notstand ausgerufen

Parlament stimmt einer Verlängerung der Amtszeit des scheidenden Präsident Jammeh zu

Banjul (Fides) – Am heutigen 18. Januar stimmte das gambische Parlament einer Verlängerung der Amtszeit des scheidenden Präsidenten Yahya Jammeh um weitere drei Monate zu. In zwei Tagen sollte das Amt an Adama Barrow weitergegeben wurde, der bei der Wahl am vergangenen 1. Dezember zum neuen Präsidenten gewählt wurde. Jammeh rief gestern für die kommenden drei Monate den Notstand aus.

Jammeh will also nicht auf sein Amt verzichten und ein angekündigtes militärisches Eingreifen der Nachbarländer abwehren. In Nigeria berieten unterdessen die Befehlshaber der Armeen der Wirtschaftsgemeinschaft der Westafrikanischen Staaten (CEDEAO/ECOWAS) mit Blick auf eine eventuelle Unterstützung bei der Amtsübernahme von Barrow.

(L.M.) (Fides 18/1/2017)

weitere Quelle: [Die Presse](#)

Gambia: Jammeh hat Truppen stationiert

Präsident Barrow wird in der gambischen Botschaft in Senegal vereidigt

Banjul (Fides) – Der neu gewählte Präsident von Gambia, Adama Barrow, wird am heutigen 19. Januar in der gambischen Botschaft in Dakar (Senegal) seinen Amtseid ablegen, nachdem der scheidende Präsident, Yahya Jammeh, sich weigert, auf sein Amt zu verzichten ([vgl. AKREF 18/1/2017](#)).

Die Amtseinführung von Barrow im Ausland ebnet auch den Weg für ein mögliches militärisches Eingreifen der Länder der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (CEDEAO/ECOWAS) den Weg. Barrow, der von der internationalen Staatengemeinschaft als legitimes Staatsoberhaupt anerkannt wird, könnte um ein solches Eingreifen der Nachbarländer zur Amtsenthebung Jammehs mit dem Ziel der eigenen Amtsübernahme bitten. Wie Beobachter berichten, soll Jammeh bereits Söldner aus Liberia, Sierra Leone, Mali und der Provinz Casamance angeheuert haben. In diesen Ländern gibt es noch Kämpfer und ehemalige Kämpfer von Milizen, die in den einheimischen Bürgerkriegen kämpften, und noch im Besitz von Waffen sind. Unterdessen stationierte Senegal, Nigeria und Ghana Soldaten entlang der Grenze zwischen Senegal und Gambia. (L.M.) (Fides 19/1/2017)

Anmerkung AKREF: Touristen und Missionare werden seit gestern mit Sonderflügen aus dem Land gebracht.

Großbritannien: Koranlesung im Gottesdienst

Muslima sollte im Gottesdienst eine Passage aus dem Koran vorlesen

Glasgow (idea) – Im schottischen Glasgow ist eine Kontroverse über eine Lesung aus dem Koran in einem kirchlichen Gottesdienst entbrannt. Der Propst der schottisch-episkopalen Marienkathedrale, Kelvin Holdsworth, hatte die muslimische Jurastudentin Madinah Javed, eingeladen, im Epiphaniagottesdienst eine Passage über Jesu Empfängnis und Geburt auf Arabisch aus dem Koran zu lesen. Wie erst danach bekannt wurde, soll Javed auch eine Stelle rezitiert haben, in der geleugnet wird, dass Jesus Gottes Sohn ist. Unklar ist einem Bericht der Online-Zeitung „Christian Post“ (London) zufolge, ob die Verantwortlichen der Kirchengemeinde wussten, dass die junge Muslima auch diesen Vers lesen würde, oder ob sie es ohne Erlaubnis tat. Während die Schottische Episkopalkirche bislang eine Stellungnahme verweigerte, schlägt der Vorfall Wellen weit über Glasgow hinaus. Der anglikanische Geistliche Peter Ould aus Canterbury schrieb in einem Blog: „Es ist eine Sache, Verse muslimischer Schriften in einem nichtgottesdienstlichen Umfeld lesen zu lassen, es ist eine andere, sie in die christliche Liturgie einzubinden.“ Auch der frühere anglikanische Bischof von Rochester, der britisch-pakistanische Theologe Michael Nazir-Ali, übte scharfe Kritik und forderte die Leitung der zur anglikanischen Weltgemeinschaft gehörenden Schottischen Episkopalkirche auf, sich von der Lesung zu distanzieren: „Christen sollten wissen, was ihre Mitbürger glauben. Das kann bedeuten, den Koran für sich selbst zu studieren. Das ist etwas völlig anderes, als daraus in einem öffentlichen Gottesdienst in einer Kirche lesen zu lassen.“

Irak: Muslim stellt vom IS zerstörtes Kreuz wieder her

Solidarität: „Wir stehen an eurer Seite. Das Kreuz gehört in unser Land“

Mossul (idea) – Im Irak hat ein junger Muslim auf eine besondere Art seine Solidarität mit den Christen zum Ausdruck gebracht: Mitten in einer von der Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) zerstörten Kirche in der Stadt Mossul (Ninive-Ebene) fertigte er aus zwei Metallstangen ein Kreuz. Das berichtet die Online-Zeitung „Christian Today“ (London) unter Berufung auf die Wohltätigkeitsorganisation „Preemptive Love Coalition“ (Präventive Liebeskoalition), die vor Ort tätig ist. Wie deren Direktor – Jeremy Courtney – sagte, konnte der junge Muslim namens Marwan es nicht fassen, dass andere Männer, die vorgeben, Muslime zu sein, diesen für die Christen wichtigen Ort zerstört hätten. Mit seiner Aktion habe er den Christen sagen wollen: „Wir stehen an eurer Seite. Das Kreuz steht für etwas, und es gehört in unser Land.“ Seit dem Beginn der IS-Gräueltaten wurden Hunderte Kirchen im Irak und Syrien zerstört. Lebten 2003 im Irak noch 1,5 Millionen Christen, so sind es gegenwärtig schätzungsweise noch rund 200.000.

Israel: Eine Islamisierung verhindern

Deutsche Pfarrerin ruft zu Protesten gegen Friedenskonferenz in Paris auf

Jerusalem/New York (idea) – Mit einem dramatischen Aufruf zur Sicherung der Zukunft Israels hat sich eine in Jerusalem lebende deutsche Pfarrerin an die Weltöffentlichkeit gewandt. Wie die Direktorin der Ökumenisch-Theologischen Forschungsgemeinschaft in Jerusalem, **Petra Heldt**, auf der Internetseite des Gatestone Instituts (New York) – einem internationalen und parteiunabhängigen Expertenrat – schreibt, „müssen wir verhindern, dass es zu einer Kapitulation vor der Islamisierung des Nahen Ostens und Europas kommt“. Anlass für ihren Aufruf ist die geplante Friedenskonferenz am 15. Januar in Paris. Pressemeldungen zufolge bemüht sich Frankreich um neue Impulse für eine friedliche Lösung im Nahost-Konflikt. Ziel der Initiative ist es, einen unabhängigen, demokratischen und friedlichen Staat Palästina neben Israel zu schaffen. Die Friedensverhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern liegen seit April 2014 brach. Der israelische Premier Benjamin Netanjahu lehnt die Pariser Friedenskonferenz ab. Heldt ist in Sorge, dass anschließend der UN-Sicherheitsrat über Palästina als 22. muslimischem Staat abstimmen werde: „Wir müssen verhindern, dass die Altstadt Jerusalems, die seit mehr als 3.000 Jahren das Herz des Judentums und seit 2.000 Jahren den Sitz des Christentums bildet, islamisch wird.“ Sie befürchtet, dass aus einem islamischen bald ein terroristischer Staat werde. Alle Umfragen zeigten, dass nach den nächsten Wahlen die terroristische Hamas die Macht übernehmen werde: „Dies hätte letztendlich die Zerstörung des gesamten jüdisch-christlichen Erbes zur Folge – ein Vorgang, den wir bereits überall im Nahen Osten beobachten konnten.“

Die Hamas leugnet das Existenzrecht Israels

Wie Heldt weiter schreibt, leugnet die Hamas das Existenzrecht Israels. Eine Abstimmung in Paris für einen unabhängigen Palästinenserstaat könnte das Auslöschen der jüdischen – und damit auch christlichen – Geschichte zur Folge haben. Sie fragt sich, was westliche Politiker dazu treibt, „als Erfüllungsgehilfen bei der Zerstörung der jüdisch-christlichen Kultur im Nahen Osten und Europa mitzuwirken“. Schließlich würden Christen in muslimischen Ländern in historisch beispiellos hohen Zahlen ermordet. Sie ruft daher zu Demonstrationen gegen die Friedenskonferenz in Paris auf. Israel sei die einzige Bastion der Demokratie im Nahen Osten und letzter Bewahrer des jüdisch-christlichen Erbes.

Israel: Gespräche über Frieden im Buchladen

arabisch-christlicher Immanuel-Buchladen in Haifa

(AMZI) Eines Tages betraten drei jüdische und drei arabisch-muslimische junge Frauen unseren Buchladen. Sie erklärten, sie wollten eine Umfrage machen, um herauszufinden, wie es um die Beziehungen von Juden und Arabern in unserem Viertel stehe. Ich erklärte ihnen, was echten Frieden ausmacht, dass es die Menschen sind, die Frieden in ein Viertel bringen können. Ich fragte sie, was sie darüber denken, weshalb Gott Juden und Araber gleichermaßen in dieses Land gestellt hat. Nur deshalb, damit sie einander bekämpfen? Gott bewahre! Gott hat uns zusammengebracht, damit wir als ein Volk leben. Ich fragte sie: „Ihr seid Juden und Araber. Ihr habt also einen Vater: Abraham! Hier fängt der Friede an. Gott hat Abraham befohlen, seinen Sohn Isaak zu opfern, aber als Gott sah, dass er dazu bereit war, erlaubte er ihm nicht, zur Tat zu schreiten, sondern sorgte für ein viel besseres Opfer. Er opferte seinen einzigen Sohn, Jeschua, der für unsere Sünden am Kreuz geopfert wurde. Er ist der Friede für uns alle.“ Sie sagten: „Wow, Sie haben alle unsere Fragen beantwortet und uns gezeigt, was wahrer Friede ist.“ Die jungen Frauen wollten aufbrechen, aber ich sagte ihnen, da wir über Gott gesprochen hatten, sollten wir nicht ohne Gebet auseinander gehen. Sie stimmten zu, und so betete ich mit ihnen darum, dass Gott durch Jesus echten Frieden zwischen Juden und Araber schaffen möge. Sie hatten Tränen in den Augen, und die muslimischen Frauen sagten: „Wir haben keine Worte!“

Jemen: Auch viele Kinder sind Opfer des Konflikts

Naham (Fides) – Der Konflikt im Jemen hat sich seit seinem Beginn im Jahr 2014 zugespitzt, nachdem das Militärbündnis unter Leitung der Regierung in Riad den jemenitischen Präsidenten Abdo Rabu Mansur Hadi im Kampf gegen die Rebellen unterstützt. Seit März 2015 starben rund 1.400 Kinder infolge des bewaffneten Konflikts, 2140 wurden verletzt. Dies teilt das Kinderhilfswerk UNICEF mit, dass auch beklagt, dass 2000 Schulen des Landes nicht genutzt werden können, weil sie beschädigt oder verwüstet wurden oder weil sie in Flüchtlingsunterkünfte umgewandelt oder zu militärischen Zwecken genutzt werden.

Wie einheimische Beobachter berichten starben bei einem Bombenangriff in der Nähe einer Grundschule in Naham drei Kinder und ein Lehrer.

(AP) (12/1/2017 Agenzia Fides)

Libanon: Christliche Gemeinden schrumpfen

Aoun bezeichnet "Geldgier" als Ursache für das Schwinden christlicher Gemeinden im Nahen Osten

Beirut (Fides) – Die Zahl der Christen im Nahen Osten schwinde nicht nur infolge von Konflikten und Gewalt, sondern wegen der geringen Bereitschaft der christlichen Gemeinden politische Verantwortung zu übernehmen. Die Hauptgefahr für Christen im Nahen Osten seien nicht die Bomben, sondern eine gewisse Geldgier, die sich auch unter christlichen Gemeinden verbreite. Dies betonte der libanesischer Präsident Michel Aoun, ein maronitischer Christ, bei einem Treffen mit dem Vorstand des Rates der Kirchen im Nahen Osten am gestrigen 16. Januar. Bei dem Treffen im Präsidentenpalast waren Vertreter aller Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften des Nahen Ostens anwesend, darunter auch der syrisch-orthodoxe Patriarch Ignatius Aphrem II. und der griechisch-orthodoxe Patriarch Jouhanna X.. Wie einheimische Medien berichten, bezog sich der Präsident in seiner Ansprache auf den drastischen Rückgang der Zahl der einheimischen Christen in Palästina und im Irak, wo die Zahl der Christen seit dem ersten Irakkrieg von rund 1 Million auf heute nur noch 300.000 schwand. "Wir wissen noch nicht, wie viele Christen Syrien verlassen haben", so das libanesischer Staatsoberhaupt. Angesichts dieser Prozesse, so Aoun weiter, müsse man festhalten, dass nur die aktive Beteiligung der Christen am politischen Leben des eigenen Landes eine Kontinuität der Präsenz einheimischer christlicher Gemeinden garantieren könne. "Das Christentum", so der ehemalige General, "ist nicht aus dem Ausland hierher gekommen und wenn die Christen im Nahen Osten ihre Rechte verlieren und ins Ausland blicken, dann stellt das für sie eine weitere Gefahr dar". Das Verbleiben der Christen im Nahen Osten, so Aoun, der damit im Vergleich zur vorherrschenden Meinung einen neuen Denkanstoß gibt, hänge nicht nur von den Bomben, den Kanonen und den Luftangriffen ab, sondern von der Möglichkeit, dass sie sich von einer gewissen 'Geldgier' anstecken lassen. Aoun erinnerte in seiner Ansprache auch an das christliche Verständnis des Martyriums als Erfahrung der Auferstehung und nicht des Todes oder des Scheiterns. "Manche Politiker", so Aoun, der sich damit wahrscheinlich auf die Benutzung des Begriffs Märtyrer für die Gefallenen des Krieges oder sogar für Selbstmordattentäter bezog, "üben Kritik am Konzept des Martyriums, doch im Leben des Christen bedeutet das Martyrium die Hingabe des eigenen Lebens für die anderen, eine Erlösung". Dies habe auch Jesus mit seinem Martyrium „für uns getan“. Im Rahmen des Treffens überreichte Präsident Aoun dem griechisch-orthodoxen Patriarchen Jouhanna X., dessen Bruder und griechisch-orthodoxer Bischof von Aleppo Boulos Yazigi im April 2013 in Syrien entführt wurde, ein Evangelienbuch in griechischer Sprache, das die libanesischer Armee bei einem dschihadistischen Kämpfer beschlagnahmt hatte. Dieser hatte es aus dem christlichen Heiligtum in Maalula entwendet, einem Dorf in dem heute noch Aramäisch gesprochen wird, und das in den Jahren von 2013 bis 2014 zweimal von der al-Nusra-Milize besetzt wurde.(GV) (Fides 17/1/2017)

Mali: Video von entführter Schweizer Missionarin aufgetaucht

Beatrice Stöckli wurde vor einem Jahr in Timbuktu von Islamisten verschleppt



Timbuktu (idea) – Die vor einem Jahr im westafrikanischen Mali entführte evangelische Schweizer Missionarin ist offenbar am Leben. Das legt ein gut zweiminütiges Video nahe, das am 10. Januar veröffentlicht wurde. Es zeigt die mit einem schwarzen Kopftuch verschleierte **Beatrice Stöckli**. Sie sagt auf Französisch, dass sie bei guter Gesundheit sei. Zudem dankt sie ihrer Familie und der Schweizer Regierung für ihr Bemühen, alles für ihre Freilassung zu tun. Die Aufnahmen sollen von der Terrororganisation „Al-Kaida im islamischen Maghreb“ stammen. Sie fordert einen Gefangenenaustausch. So müsse unter anderem Ahmad al-Faqi al-Mahdi freigelassen werden. Der Islamist muss sich vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag wegen Zerstörung wichtiger Kulturgüter in Mali verantworten. Ferner verlangt die Gruppierung die Freigabe mehrerer in Mali inhaftierter Islamisten. Die Schweiz hingegen bekräftigte erneut, dass sie auf einer bedingungslosen Freilassung der Entführten beharre. Stöckli wurde am 8. Januar 2016 aus ihrer Wohnung in der Oasenstadt Timbuktu verschleppt. Sie war schon einmal im April 2012 entführt worden; damals kam sie nach neun Tagen wieder frei. Bedingung für die Freilassung war, dass sie nicht nach Timbuktu zurückkehrt. Nachdem die Islamisten aus der Stadt vertrieben worden waren, ging Stöckli jedoch zurück. So viel bekannt ist, arbeitete sie nicht im Auftrag einer Kirche oder eines Missionswerkes in dem Land. Von den rund 14 Millionen Einwohnern sind 87 Prozent Muslime, zehn Prozent Anhänger von Naturreligionen und 2,6 Prozent Christen.

Marokko: Bericht über Arbeit mit Kindern

Zum Tag der Kindermissionswerke berichtet der Nationaldirektor in Marokko über seine Tätigkeit

Madrid (Fides) – "Simeone Czeslaw Stachera, der Nationaldirektor der Päpstlichen Missionswerke in Marokko und Generalvikar von Tanger, ist an erster Stelle ein Missionar“, mit diesen Worten stellte der Nationaldirektor der Päpstlichen Missionswerke in Spanien, Pfarrer Anastasio Gil, den französischen Missionar polnischer Herkunft im Rahmen einer Pressekonferenz vor, die zum Tag der Kindermissionswerke veranstaltet wurde, der am kommenden 22. Januar in Spanien begangen wird.

Er sei heute "der Hirte aller“, nicht nur der kleinen christlichen Gemeinde in Marokko, so Pater Stachera, der der Ansicht ist, dass "wenn Christen und Muslime miteinander befreundet sind, dann gibt es keine Angst. Deshalb weiß die Kirche in Marokko, sehr wohl, dass sie nicht in den Kirchen bleiben darf, sondern auf die Menschen zugehen muss, zu den Familien, und dort wo es möglich ist, Menschenleben und Menschenwürde schützen". Als Nationaldirektor der Päpstlichen Missionswerke in Marokko arbeitet der Missionar auch mit Kindern. Untere den christlichen Minderheiten handelt es sich vor allem um die Kinder ausländischer Arbeitnehmer, die nur vorübergehend im Land sind. Doch es werden auch Programme für einheimische Kinder angeboten, wo es auch um Armutsbekämpfung geht. Diese Programme werden von der katholischen Kirche in Spanien unterstützt, die Personal und Finanzhilfen zur Verfügung stellt (78 spanische Missionare leben im Land). Schließlich betreuen die Missionswerke auch Kinder von Migranten in Not, angefangen bei denen, die ihre Eltern verloren haben oder auf sich alleine gestellt sind.

In diesem Zusammenhang würdigt der Nationaldirektor auch das persönliche Interesse des Erzbischofs von Tanger, Santiago Agrelo, ein aus Spanien stammender Franziskanermissionar.

Abschließend erläuterte Pfarrer Gil den Beitrag der Päpstlichen Missionswerke in Spanien zur kirchlichen Arbeit im Marokko. In diesem Zusammenhang beklagt er, dass man immer nur über den "Grenzzaun spricht, der uns trennt" und nicht bedenkt, dass "die Kinder in Marokko leben, so sind wie die Kinder, die in unseren Städten leben". Abschließend betont Pfarrer Gil, dass "auf der anderen Seite der Grenze, viele Kinder von den Kindermissionswerken unterstützt werden, darunter auch viele Muslime, während wir das Zeugnis eines Glaubens empfangen, der uns bewegt und uns zu weiterem Engagement drängt".

(CE) (Fides, 19/01/2017)

Mexiko: Vermisster Priester tot aufgefunden

Coahuila (Fides) – Wie Bischof José Raúl Vera López, O.P. von Saltillo (Coahuila, Mexiko) mitteilt wurde die Leiche des seit 3. Januar vermissten katholischen Priesters Joaquin Hernandez Sifuentes aufgefunden (vgl. [AKREF09/01/2017](#)). Bereits gestern bestätigten die mexikanischen Behörden, dass es sich bei einer der drei im Staat Coahuila gefundenen Leichen um den vermissten Priester handelt. Bei einer Pressekonferenz dankte Bischof Vera den Behörden für ihre Arbeit und bekräftigte, dass der Zeitpunkt und die Motive des Mordes an dem katholischen Geistlichen noch nicht bekannt seien.

Unterdessen wurden im Zusammenhang mit dem Delikt bereits zwei Verdächtige festgenommen. Die Ermittlungen sind jedoch noch nicht abgeschlossen. "Die Kirche kann den mutmaßlichen Mördern des Priesters vergeben", betonte der Bischof, "doch sie werden sie werden von der Justiz für die Tat zur Verantwortung gezogen werden".

Abschließend beklagte Bischof Vera das allgemeine Klima der Gewalt: "Wir leben in einem zerstörten Umfeld und in einer Gesellschaft, die in Trümmern liegt, und leider Leben auch die Priester nicht unter einer Glasglocke".

Unterdessen brachte die Mexikanische Bischofskonferenz dem Bischof und den Angehörigen des ermordeten Priesters ihr Beileid zum Ausdruck.

(CE) (Fides, 13/01/2017)

Myanmar: Lage des muslimischen Volkes der Rohingya

Humanitäre Krise der Rohingya: katholische Kirche darf keine Hilfe leisten

Pyay (Fides) – Die koreanische Menschenrechtsbeauftragte der Vereinten Nationen, Yanghee Lee, hält sich vom 9. bis 20. Januar in Myanmar auf, wo die humanitäre Lage des muslimischen Volkes der Rohingya mit rund 1,2 Millionen Menschen, die vorwiegend im birmanischen Staat Rakhine leben, weiterhin besorgniserregend ist.

Tausende Rohingya suchten Zuflucht im benachbarten Bangladesch: die birmanische Regierung betrachtet sie nicht als Bürger sondern als "illegale Einwanderer. Diese diskriminierende Haltung der Institutionen hält bereits seit Jahrzehnten an, doch in den vergangenen Jahren hat sich die Situation zugespitzt: seit 2012 gibt es in Rakhine soziale und religiöse Spannungen und die Rohingya werden Opfer von Gewalt und Verfolgung durch buddhistische Gruppen, die ihre Ausweisung fordern. Nach Angaben der Vereinten Nationen haben über 100.000, das Land bereits verlassen und Zuflucht in Nachbarländern gesucht. Allein in der vergangenen Woche flohen 22.000 Rohingya vor einer militärischen Offensive im Norden des Staates Rakhine, wo man gegen Aufständische vorgehen will: bei diesem gewaltsamen Vorgehen handelt es sich nach Ansicht von Nichtregierungsorganisationen um ein "Verbrechen gegen die Menschlichkeit". Rund 150.000 Rohingya leben unterdessen in Flüchtlingslagern, wo sie auf humanitäre Hilfe angewiesen sind.

Pfarrer Stephen Chit Thein, aus der katholischen Diözese Pyay, zu der auch der Staat Rakhine gehört stammt aus der Nähe von Settwe, wo dieser Stamm angesiedelt ist: "Ich erinnere mich an die Kommunikationsschwierigkeiten, da sie die birmanische Sprache nicht sprechen", so der katholische Geistliche. "Wir machen uns Sorgen um sie, doch in dieser Region gibt es derzeit keine Katholiken und auch keine Priester. Dort leben nur Buddhisten. Wir wissen um die verheerende Menschenrechtslage und sind mit den Betroffenen solidarisch, doch wir können kaum helfen".

Auch das katholische Caritas-Hilfswerk, das in Myanmar "Karuna" heißt, kann nicht handeln: "Die Regierung verweigert den Zugang zu der Region und den Flüchtlingslagern. Keine religiöse Organisation hat die Erlaubnis, nur einige internationale Hilfswerke dürfen humanitäre Hilfe leisten, so Pfarrer Nereus Tun Min, Leiter des Büros der "Karuna" der Diözese Pyay. "Leider können wir gegen unseren Willen die Krise nur beobachten" so Pfarrer Tun Min, „Wir wissen, dass die Menschen große Not leiden. Wir kennen all ihre Probleme, angefangen bei der Nichtanerkennung durch den Staat und alle damit Verbundenen Unannehmlichkeiten und schädlichen Folgen für die Betroffenen".

"Was wir am Rande des Besuchs der Menschenrechtsbeauftragten der Vereinten Nationen in Myanmar tun können", so der Leiter der Caritas-Stelle, "ist, die Regierung um ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit zu bitten, damit eine Eskalation verhindert werden kann und eine untragbare humanitäre Krise beendet wird. Damit Lösungen gefunden werden, die die Rechte und die Würde aller Menschen respektieren".

Zum Drama der Rohingya äußerten sich in der Vergangenheit auch die birmanischen Bischöfe. Der Erzbischof von Yangon, Kardinal Charles Maung Bo, verurteilte mit Blick auf die neue Phase der Demokratie im Land "die Verbreitung von Hass und die Verweigerung von Rechten", womit er sich auf die Gewalt buddhistischer Gruppen gegen die muslimischen Rohingya aber auch auf die feindselige Haltung der Regierung gegenüber diesem Volk bezog. Angesichts solcher Situationen der Not und des sozialen Konflikts sollen Katholiken in Myanmar „Werke der Barmherzigkeit tun und die Barmherzigkeit verkünden".

(PA) (Fides 12/01/2017)

Myanmar: Zwei Christen in Kachin vermisst

Myitkyina (Fides) – Zwei Christen werden im birmanischen Staat Kachin vermisst, wo die Gefechte zwischen Unabhängigkeitskämpfern und Armee anhalten, die viele Menschen zur Flucht zwingen. Dumdaw Nawng Lat und Langjaw Gam Seng wurden an Weihnachten zum letzten Mal gesehen. Es wird befürchtet, dass sich von birmanischen Soldaten entführt wurden. Die beiden waren auf dem Weg von Mong Ko nach Muse im Staat Shan, wo sie sich mit dort stationierten Soldaten zu Verhandlungen über die Festnahme eines einheimischen Bekannten treffen wollten. Dumdaw Nawng Lat und Langjaw Gam Seng waren als Kontaktpersonen für ausländische Journalisten im Kachin tätig, denen sie auch eine von birmanischen Soldaten bombardierte katholische Kirche gezeigt hatten. Ihre mögliche Entführung durch die birmanische Armee könnte im Zusammenhang mit dieser „schlechten Propaganda“ stehen.

Pfarrer Joseph Yung Wa aus der Diözese Myitkyina, der Hauptstadt des Staates Kachin betont: „Die Lage ist immer noch sehr angespannt. Die Gefechte halten an und das Leid der Zivilisten hat kein Ende. Die Zahl der Vertriebenen steigt, die kaum das Nötigste zum Überleben haben. Die Menschen sind verzweifelt. In Myitkyina betreut die Ortskirche zwei Flüchtlingscamps, in denen wir über 5.000 Vertriebenen helfen“. Eine Konferenz über die Aussöhnung mit ethnischen Minderheiten, die von der Regierung im September 2016 organisiert worden war, hatte neue Hoffnung geweckt: „Diese Konferenz hat keine Auswirkungen auf unseren Alltag gehabt. Die militärische Präsenz ist bedrückend und wir hoffen, dass die birmanische Regierung sich rasch um Wege der Rückkehr zum Frieden bemühen wird, damit die einheimischen Bauern wieder ein würdiges und ruhiges Leben führen können“, so der katholische Geistliche.

„In dieser neuen Phase der Demokratie in Myanmar ist es erschreckend, dass zwei Vertreter des Kachin-Volkes einfach verschwinden und es weiterhin zu Menschenrechtsverstößen durch Soldaten kommt“, beklagt die Nichtregierungsorganisation „Christian Solidarity Worldwide“ (CSW), die von den Behörden eine rasche Aufklärung fordert.

„Menschenrechtsverstöße gibt es weiterhin in den Staaten Rakhine, Kachin und Shan“, so CSW, die eine Sonderkommission für die Menschenrechtsfragen in dem asiatischen Land fordert, „wo Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht bestraft werden. Dieser Forderung schließen sich 40 Organisationen der birmanischen Zivilgesellschaft an, die sich in einem Appell an die UN-Menschenrechtsbeauftragten Yanghee Lee wenden, die sich vom 9. bis 20. Januar zu einem Besuch im Land aufhält.

(PA) (Fides 19/1/2017)

Nigeria: Bombenabwurf aus Versehen?

MSF bezeichnet Bombenangriff auf das Flüchtlingscamp in Rann als „inakzeptabel“

Abuja (Fides) – Bei der Bombardierung des Flüchtlingslagers in Rann (Borno, Nigeria) durch die nigerianische Luftwaffe wurden am gestrigen 17. Januar mindestens 120 Menschen verletzt, 52 starben. Dies teilt das medizinische Hilfswerk “Ärzte ohne Grenzen” (MSF) in einer Verlautbarung mit. “Dieser Angriff auf besonders verletzte Personen, die bereits vor extremer Gewalt fliehen mussten, ist entsetzlich und inakzeptabel”, so Dr. Jean-Clément Cabrol, der die Arbeit von MSF leitet, “die Sicherheit der Zivilbevölkerung muss respektiert werden. Wir fordern dringend alle beteiligten Parteien auf, die medizinische Evakuierung auf dem Luft- und Landweg aller Überlebenden zu begünstigen, die dringend medizinische Notbehandlungen brauchen“. Mitarbeiter von MSF versorgten die Verletzten bereits im Flüchtlingslager in Rann. Die anderen Mitarbeiter und Chirurgen in der Region bereiten die weitere Behandlung unterdessen der evakuierten Patienten vor.
(L.M.) (Fides 18/1/2017)

Pakistan: Premierminister tritt für religiöse Minderheiten ein

Lahore (Fides) – “Es wird nicht mehr lange dauern, bis Pakistan als ein Land bekannt sein wird, das den Minderheiten freundschaftlich gegenübersteht; die Regierung ist dabei, Maßnahmen auf den Weg zu bringen, um die Lebensbedingungen religiöser Minderheiten zu verbessern”, so der pakistanische Premierminister Nawaz Sharif bei der Wiedereröffnung des hinduistischen Kata Raj-Tempels in Chakwal (Punjab) nach Abschluss der Restaurierungsarbeiten. Die Wiedereröffnung des vor 900 Jahren erbauten Tempels nutzte der Regierungschef für einen Aufruf zum Respekt gegenüber den religiösen Minderheiten des Landes.

Die pakistanische Regierung, so Sharif, sei davon überzeugt, dass alle ein Recht auf das Bekennen zum eigenen Glauben haben und dass “die humanitären Prinzipien, die allen gemeinsam sind, das Land zusammenhalten”. Gläubige aller Religionen, so der Premierminister weiter, “sollten in Pakistan gleiche Rechte besitzen” und man müsse den Beitrag anerkennen, den sie “zum Entstehen und zum Schutz des Landes geleistet haben”. Sharif erinnerte an die Geschichte des Islam und daran, dass der Respekt gegenüber anderen Religionen zum islamischen Glauben gehöre. Im Koran heiße es, so Sharif, dass “Gott der Gott aller Menschen ist, nicht nur der Muslime”. Deshalb dürfe es keine „Unterschiede auf der Grundlage von Kasten, Rassen oder Religionen“ geben. “Ich selbst bin der Premierminister aller Pakistaner und nicht nur der muslimischen Bürger”, betonte Sharif.

Vertreter religiöser Minderheiten in Pakistan, dankten dem Premierminister bereits für dessen Worte. Nasir Saeed, Leiter der Nichtregierungsorganisation “Centre for Legal Aid, Assistance and Settlement” (CLAAS) ist überzeugt, dass diese Erklärungen “mit Sicherheit zur Förderung der Harmonie und des Friedens im Land beitragen werden”.

Der Dominikanerpater James Channan vom “Peace Center” in Lahore, der sich seit langem für den interreligiösen Dialog einsetzt, begrüßt die Äußerungen des Premierministers ebenfalls und erinnert an eine weitere symbolische Geste: “In der Weihnachtszeit fuhr ein Sonderzug durch die wichtigsten Städte Pakistans, in dem eine Ausstellung untergebracht war, die den Beitrag der Christen und der religiösen Minderheiten zur Geschichte des Landes veranschaulichte. Viele Politiker und Religionsvertreter und auch viele einfache Leute schauten sich die Ausstellung an. Solche Gesten sind wichtig, für das Harmonische Zusammenleben und wir müssen dem christlichen Minister Kamran Michael für dessen Bemühungen danken. Die Regierung wollte ein Zeichen der Einheit des Landes und der Anerkennung der religiösen Minderheiten setzen. Christen haben viel zum Bildungs- und Gesundheitswesen und zur Armee beigetragen. Die Ausstellung erwähnte auch in besonderer Weise den katholischen Minister Shahbaz Bhatti und an Cecil Chaudhry”.

(PA) (Fides 14/1/2017)

Philippinen: Muslime finden zum Glauben

„Es ist nie leicht, aber allen Einsatz wert“ Durch Almira* finden immer mehr Muslime zum Glauben an Jesus

(Open Doors) – Almira* wuchs als Muslima auf den Philippinen auf. Sie nahm ihren Glauben ernst, hielt die täglichen Gebetszeiten und anderen Vorschriften des Islam ein. Für ihr Studium zog sie in die Hauptstadt Manila, wo sie einen muslimischen Mann heiratete. Doch kurz nachdem ihr erstes Kind zur Welt kam, wurde sie schwer krank. Über Wochen und Monate konnte sie kaum sitzen oder stehen. Schließlich erfuhr ihre christliche Vermieterin davon und besuchte sie. Sie erklärte Almira, dass Jesus sie heilen könne, und lud sie in den Gottesdienst ein. Almira wollte nicht. „Ich glaube nicht, dass Jesus Gott ist. Ich bin Muslima!“ Doch schließlich ging sie tatsächlich mit zur Kirche. An der Eingangstür betete sie: „Jesus, wenn du wirklich Gott bist, heile mich!“ Noch während des Gottesdienstes spürte Almira plötzlich, wie ihre Kraft zurückkehrte und sie gesund wurde. Überwältigt entschied sie sich, Jesus Christus nachzufolgen.

Flucht und Neuanfang

Als ihr Ehemann davon erfuhr, reagierte er aufgebracht, verbot ihr weiteren Kontakt mit Christen und versuchte, sie von ihrem neuen Glauben abzubringen. Nach einem heftigen Streit mit ihrer Schwiegermutter floh Almira schließlich mit ihren beiden jüngsten Kindern zu ihren Eltern. Bei einer Kirchengemeinde fand sie Arbeit als Reinigungskraft. Dort konnte sie auch Gemeinschaft mit anderen Christen haben und im Glauben wachsen. Sie erzählte anderen Menschen von Jesus, und einige kamen zum christlichen Glauben. Eine Untergrundgemeinde von Christen mit muslimischem Hintergrund entstand. Open Doors unterstützte die neuen Christen unter anderem durch Jüngerschaftskurse. Doch je mehr die Gemeinschaft wuchs, desto sichtbarer wurde sie. Ein Nachbar feuerte einen Warnschuss ab, als sie auf ihrem Grundstück ein Essen für etwa hundert Kinder bereitet hatte. Manche Eltern verboten ihren Kindern, zur Gemeinde zu kommen, andere verweigerten ihnen das Schulgeld. Almira selbst wurde von ihrem Bruder verhöhnt und bedroht. Doch sie erklärt: „Wenn ich zurückschaue auf das, was ich durchgemacht habe – den Schmerz, die Verletzungen, die Demütigungen, dann kann ich sagen: Es ist nie leicht, aber allen Einsatz wert.“

Die Philippinen zählen nicht zu den 50 Ländern des Weltverfolgungsindex, in denen Christen am stärksten verfolgt werden, gehören jedoch zu den Ländern unter Beobachtung. Über neunzig Prozent der Filipinos gehören einer christlichen Kirche an. Doch manche Regionen im Süden sind mehrheitlich von Muslimen bewohnt. Dort sind auch islamistische Gruppen aktiv. Christen muslimischer Herkunft sind in diesen Gebieten sehr gefährdet. Sie müssen ihren Glauben heimlich leben, Treffen mit anderen Christen sind, wenn überhaupt, nur mit größter Vorsicht möglich.

*Name geändert

Danke, dass Sie sich an die Seite der Christen auf den Philippinen stellen!

- Danken Sie für Almira und die Christen muslimischer Herkunft auf den Philippinen. Bitten Sie um Schutz für diese junge Gemeinde.
- Almiras Gemeinde möchte den Dienst gerne ausweiten und weitere Dörfer mit dem Evangelium erreichen. Beten Sie um Weisheit und Gottes Führung.
- Noch immer lebt Almira getrennt von ihrem Mann und ihrem Sohn. Beten Sie um Versöhnung der Familie und dass auch Almiras Mann Jesus kennenlernt.

Russland: Russisch-orthodoxe Kirche: Renaissance des Gemeindelebens

Patriarch Kyrill: Seit 1991 wurden 30.000 Kirchengebäude wiedereröffnet

Dortmund (idea) – Das Gemeindeleben in der russisch-orthodoxen Kirche erlebt seit einigen Jahren eine Renaissance. Das beobachtet deren Oberhaupt, Patriarch Kyrill (Moskau). Wie er laut dem Informationsdienst „Orthodoxie Aktuell“ (Dortmund/Ausgabe Januar) weiter sagte, sind seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 fast 30.000 Kirchen wiedereröffnet worden, davon allein 5.000 in den vergangenen sieben Jahren. Habe es 2009 nur 159 Diözesen gegeben, so seien es gegenwärtig bereits 296. Das ist für Kyrill ein „wahres Wunder“ und symbolisiere die „Überwindung der atheistischen Welt“. Zum Verhältnis von Staat und Kirche in Russland erklärte der Patriarch, die russisch-orthodoxe Kirche stehe nicht für den Staat: „Die Kirche repräsentiert nur Christus.“ Wenn es anders wäre, dann wäre sie keine Kirche mehr. Ihn beunruhigten aber die „säkularen Konzepte“ in einer Reihe europäischer Länder, die inhaltlich „den uns wohlbekannten vergangenen sowjetischen Umständen sehr nahekommen“. Die christliche Seele Europas werde von einem radikalen Säkularismus bedroht. Sorge bereite ihm auch die Situation der Christen im Nahen Osten. Allerdings sehe er die Front nicht zwischen Christen und Muslimen, sondern zwischen Gläubigen und einem „Kämpferischen Atheismus“: „Diesen Kampf führen wir Seite an Seite mit den Muslimen, die in den schrecklichen Morden, die irgendwie im Namen des Islams vollzogen werden, eine Befleckung ihrer Religion sehen.“ Eine Förderung traditioneller religiöser Gesellschaften sei die beste Möglichkeit, um religiösem Extremismus vorzubeugen, so das Kirchenoberhaupt.

Spanien: Jeden Monat zwölf neue evangelische Gemeinden

Statistik: Die römisch-katholische Kirche schrumpft weiter – Atheisten werden mehr

Madrid (idea) – In Spanien verliert die römisch-katholische Kirche weiter an Mitgliedern. Bezeichneten sich 2006 noch 77 Prozent der Bürger als katholisch, so waren es Ende vergangenen Jahres 69 Prozent. Das ist ein Ergebnis des jüngsten „Berichtes zum religiösen Pluralismus“ der spanischen Regierung, über den das Portal „Evangelical Focus“ berichtet. Evangelische Gemeinden hingegen erleben – wenn auch auf niedrigerem Niveau – ein deutliches Wachstum. Sie sind derzeit die am schnellsten wachsende Konfession im Land. Laut Statistik gibt es gegenwärtig 3.910 evangelische Kirchengemeinden. Allein 2016 kamen 141 neue hinzu, was fast zwölf Gemeinden pro Monat entspricht. Zum Vergleich: Muslime verfügen derzeit über 1.508 registrierte Gottesdienstorte, gefolgt von den Zeugen Jehovas (650), den Orthodoxen (197), Buddhisten (155), Mormonen (119), Baha'i und Juden (36). Laut Statistik wächst der Einfluss der Atheisten. Ihr Anteil an der Bevölkerung wuchs in den vergangenen zehn Jahren von sechs auf neun Prozent. Unter den zehn- bis 34-Jährigen bezeichnet sich sogar fast jeder Zweite als „nicht gläubig“ bzw. Atheist.

Sri Lanka: Buddhisten zerstören Kirche

Colombo (idea) – In Sri Lanka hat eine Gruppe von Buddhisten eine Kirche zerstört. Der Vorfall ereignete sich in dem Dorf Paharaiya im Nordwesten des Landes. Mutmaßlicher Anführer des Angriffs auf das Gebetszentrum „Haus Christi“ war ein buddhistischer Mönch. Der Leiter der Kirche, Kamal Wasantha, sagte gegenüber der Online-Plattform Asia News, dass die 15 betroffenen christlichen Familien sowie 20 weitere Kirchgänger zwar nun keinen Gottesdienstraum mehr hätten, aber dass sie dennoch keinen Wunsch nach Vergeltung verspürten. Für das Gericht sei allein Gott zuständig: „Wir werden uns weiterhin treffen und unter einem Baum beten.“ Die Angreifer sollen die Christen erst mit Worten bedroht, dann mit Messern, Baumstäcken und Eisenstäben die Kirche zerstört haben. Es gebe Dorfbewohner, die es nicht tolerierten, wenn Buddhisten zum Christentum übertreten wollten, so Wasantha, der selbst einst Buddhist war. Das Gebetshaus wurde vor 15 Jahren erbaut und bislang noch nie angegriffen. Laut Asia News gab es rund 200 Zeugen des Vorfalls. 13 Beschuldigte, darunter auch der Mönch, blieben gegen Kautions auf freiem Fuß. Sri Lanka liegt im Weltverfolgungsindex des christlichen Hilfswerks Open Doors (Santa Ana/US-Bundesstaat Kalifornien) auf Rang 45. 70,2 Prozent der 21,9 Millionen Einwohner des Inselstaats im Indischen Ozean sind Buddhisten, 12,6 Prozent Hindus, 9,7 Muslime, 6,1 Prozent Katholiken und 1,3 Prozent evangelikale Christen.

Syrien: 100.000 Syrer im Würgegriff des IS

Schlacht um Deir al-Sor ruft schlimmste Erinnerungen wach

Die Stadt Deir al-Sor hat für Armenier große historische Bedeutung: Es war während der Zeit des armenischen Völkermordes die Endstation vieler Deportationszüge: Hunderttausende Christen verloren hier auf grausamste Art und Weise ihr Leben. Hier befindet sich auch eine Gedächtnisstätte und –kirche, die an den Genozid erinnert. Von daher ruft die aktuelle Bedrohung der Stadt durch den Islamischen Staat für armenische Christen die schlimmsten Erinnerungen wach.

Der IS startet eine neue Offensive im Osten Syriens. Die Dschihadisten stehen vor der Eroberung von Deir al-Sor. Dort sind rund 100.000 Menschen eingeschlossen. Das Assad-Regime und Russland wirken hilflos.

Deir al-Sor ist der letzte Außenposten des Assad-Regimes im Osten Syriens. Die Regierung kontrolliert große Teile der Stadt am Euphrat. Strategisch wichtig sind vor allem die Luftwaffenbasis und der Stützpunkt der 137. Brigade am Rande der Stadt.

Die Stadt und die Militäranlagen sind eine Exklave des syrischen Staats inmitten des Herrschaftsgebiets der Terrormiliz "Islamischer Staat" (IS). Seit mehr als drei Jahren kontrollieren die Dschihadisten das Umland von Deir al-Sor. Die Stadt ist seither auf dem Landweg vom Herrschaftsgebiet des syrischen Regimes abgeschnitten. Homs, die nächstgelegene, von der Regierung kontrollierte Großstadt, ist 350 Kilometer entfernt.

Die Vereinten Nationen schätzen, dass rund 110.000 Menschen in Deir al-Sor vom IS belagert werden. Seit April 2016 hat das Welternährungsprogramm 177-mal Hilfsgüter aus Flugzeugen über der Stadt abgeworfen - am Sonntag zum bislang letzten Mal. Denn am Wochenende hat der IS eine Offensive in Deir al-Sor gestartet.

Mehr als hundert Tote bei Kämpfen in Deir al-Sor

Es ist der bislang am besten vorbereitete und entschlossenste Versuch der Terrormiliz, Deir al-Sor komplett zu erobern. Die Dschihadisten haben mehrere tausend Kämpfer zusammengezogen, die von mehreren Seiten vorrücken. Am Montag gelang es dem IS, die Regierungsexklave in zwei Teile zu spalten. Zudem eroberten sie einen strategisch wichtigen Hügel. Bei den Gefechten sollen mehr als hundert Zivilisten, Regierungssoldaten, Assad-treue Milizionäre und IS-Kämpfer getötet worden sein.

Die syrische und russische Luftwaffe haben in den vergangenen Tagen zahlreiche Stellungen der Terrororganisation rund um Deir al-Sor bombardiert, es ist ihnen aber bislang nicht gelungen, den Vormarsch des IS zu stoppen. Selbst syrische Staatsmedien räumen inzwischen ein, dass die Dschihadisten inzwischen so weit zur Luftwaffenbasis vorgerückt sind, dass dort keine Helikopter mehr landen können. Das Regime ist also nicht mehr in der Lage, Nachschub und Verstärkung in die Exklave zu bringen.

Offenbar wurden die Regierungen in Damaskus und Moskau von der IS-Offensive überrascht. Jahrelang herrschte entlang der Front zwischen Regime und Dschihadisten in Deir al-Sor, von sporadischen Gefechten abgesehen, angespannte Ruhe. Weil der IS vor dem Verlust seiner Hochburg Mossul steht, hat sich die Terrormiliz nun aber offenbar dazu entschlossen, an anderer Stelle ihre Schlagkraft zu beweisen.

IS soll Elitekämpfer aus dem Irak abgezogen haben

Das von lokalen Journalisten betriebene Nachrichtenportal "Deirezzor24" berichtet, der IS habe Kommandeur und Elitekämpfer aus dem Irak nach Deir al-Sor gebracht. Sie sollen den Vormarsch anführen. Lokale IS-Kräfte spielten demnach nur eine Nebenrolle und seien vorab auch nicht über die geplante Offensive informiert worden - offenbar fürchteten die Dschihadisten, vom syrischen Regime infiltriert worden zu sein.

Das US-Militär hat nach eigenen Angaben seit Samstag ebenfalls mehrere Luftschläge in Deir al-Sor und Umgebung durchgeführt. Dabei seien unter anderem zwölf Lastwagen und ein Checkpoint der Dschihadisten zerstört worden. Eine Woche vor Beginn der IS-Offensive hatten US-Spezialkräfte mehrere Anführer der

Terrormiliz in einem Vorort von Deir al-Sor getötet. Die Schlagkraft der Terrormiliz konnten sie damit jedoch nicht mindern.

Bislang scheut die US-Armee ein noch härteres Vorgehen gegen den IS in Deir al-Sor. Das hat mehrere Gründe: Der Luftraum über [Syrien](#) ist aus militärischer Sicht völlig überfüllt. Syrische und russische Luftwaffe, die USA und ihre arabischen Verbündeten und immer wieder auch Israel - sie alle fliegen Angriffe in Syrien. US-Piloten berichten, dass es schon mehrfach zu Beinahe-Zusammenstößen von Kampfjets über Syrien gekommen sei.

Erst verlor Assad Palmyra, nun droht der Fall von Deir al-Sor

Deshalb hat sich in den vergangenen Monaten eine informelle Arbeitsteilung zwischen Washington und Moskau entwickelt: Die USA konzentrierten ihre Luftangriffe auf Stellungen rund um die inoffizielle IS-Hauptstadt Rakka und begleiteten damit den Vormarsch der vom Pentagon unterstützen "Demokratischen Kräfte Syriens" (SDF), die am Boden vorrückten. Das gilt besonders, seitdem die US-Luftwaffe im September 2016 versehentlich einen Stützpunkt der syrischen Armee in Deir al-Sor bombardierte und dabei mehr als 90 Soldaten tötete.

Russland wiederum bombardierte Stellungen in dem IS-kontrollierten Territorium, das an Gebiete grenzt, die vom Assad-Regime beherrscht werden. Mit mäßigem Erfolg: Im Dezember verlor die syrische Regierung trotz russischer Luftunterstützung die Kontrolle über die Wüstenstadt Palmyra, nun droht der Fall von Deir al-Sor - mit unkalkulierbaren Folgen für rund 100.000 Zivilisten.

Die drohende Einnahme der Stadt stellt damit auch die US-Armee vor ein Dilemma: Greift sie gar nicht oder zu zögerlich gegen den IS ein, gefährdet sie das Leben von Tausenden Menschen, die dann dem IS in die Hände fallen. Schlägt sie den IS mit ihren Luftangriffen zurück, stärkt sie aber gleichzeitig die Position des Assad-Regimes und dessen Verbündeten Russland. Indirekt würde Washington damit seinen Gegnern in Syrien helfen.

Quelle: <http://syrien.webnode.com/news/schlacht-um-deir-al-sor-ruft-schlimmste-erinnerungen-wach/>

sowie [Spiegel-online](#)

Syrien: Rückgang der Zahl der Christen

Russisch-orthodoxe Kirche will Wiederaufbau von Kirchen nach dem Syrienkonflikt unterstützen

Aleppo (Agenzia Fides) – Die russisch-orthodoxe Kirche wird sich aktiv am Wiederaufbau der Kirchen beteiligen, die während des Konflikts in Syrien beschädigt wurden. Dies teilt der Metropolit von Volokolamsk, Hilarion, bei einem Treffen mit Studenten der Universität in Moskau mit. Der für die Außenbeziehungen des Patriarchats im Moskau zuständige Hilarion betonte in diesem Zusammenhang, dass der Umfang und die Modalitäten der Hilfen beim Wiederaufbau in den christlichen Gemeinden in Syrien erst detailliert festgelegt werden können, wenn alle bewaffneten Konflikte beendet sein werden und die von ihm als "Terroristen" bezeichneten Gruppen besiegt wurden. Metropolit Hilarion erinnerte auch daran, dass die russisch-orthodoxe Kirche seit langem humanitäre Hilfsprogramme für Menschen in Syrien unterstützt.

Auch der russische Außenminister Sergej Lawrow erwähnte bei einer Pressekonferenz in Moskau am vergangenen Dienstag, den 17. Januar, die Situation der Christen im Nahen Osten und erinnerte dabei auch an den drastischen Rückgang der Zahl der Christen im Irak.

(GV) (Fides 18/1/2017)

Syrien: Russisch-orthodoxer Patriarch soll Syrien besuchen

Moskau (Fides) – Syrische Islamwissenschaftler und –vertreter sprachen zusammen mit dem syrischen Ministerium für religiöse Stiftungen (Waqf) eine Einladung an den russisch-orthodoxen Patriarchen Kyrill zu einem Besuch im Land aus. Dies berichten russische Medien, die mitteilen dass der Großmufti von Moskau, Albir Krganov, das Schreiben an das Oberhaupt der russisch-orthodoxen Kirche überreichte. Vor kurzem hatte der Großmufti selbst Syrien zusammen mit einer islamischen Delegation aus Russland besucht. Krganov, der auch Mitglied der Öffentlichen Kammer der Russischen Föderation ist, "die für die Rechte und die Freiheiten der Bürger" eintritt, betont, dass bei einem solchen Besuch auch ein Besuch in dem christlichen Dorf Maalula auf dem Programm stehen wird, das 2013 und 2014 zweimal von den al Nusra-Rebellen besetzt wurde. Der russische Islamvertreter betonte, dass man unterdessen auch die Gründung einer interreligiösen Stiftung in Betracht ziehe, die humanitäre Hilfen für Syrien bereitstellen soll.

Das Patriarchat in Moskau bemüht sich um die Stärkung der Beziehungen zu den orthodoxen Kirchen des Nahen Ostens und will dabei auch finanzielle Hilfsmittel zur Verfügung stellen. Bereits im August 2013 stellte das russisch-orthodoxe Patriarchat Spenden im Umfang von 300.000 für die syrisch-orthodoxe Kirche zur Verfügung, die für die Opfer des Konflikts bereitgestellt werden sollen.

Patriarch Kyrill wurde in Begleitung des Metropoliten Hilarion von Volokolamsk am 13. November 2011 kurz nach Ausbruch der Aufstände von Präsident Assad in Damaskus empfangen worden. (GV) (Fides 14/1/2017).

Türkei: Wegen Genoziderwähnung suspendiert

Armenischer Abgeordneter erwähnt Genozid und wird suspendiert

Ankara (Fides) – Der armenische Abgeordnete Garo Paylan von der Oppositionspartei HDP (in der sich kurdische und linke Kräfte zusammenschließen) wurde am vergangenen 13. Januar für die nächsten drei Parlamentssitzungen suspendiert, weil er in seiner Rede bei der Debatte um die neue türkische Verfassung an den armenischen Genozid erwähnt hatte.

In seiner Rede, die auch vom staatlichen Nachrichtenportal Anadolu veröffentlicht wurde hatte der Abgeordnete an die Zeit nach 1913 erinnert, als Armenier, Assyrer, Griechen und Juden aus Anatolien „vertrieben und gewaltsam unterdrückt wurden, das bis zu großen Massakern und dem Genozid ging“. Das armenische Volk, so Paylan “weiß sehr gut, was passiert ist... ich bezeichne das als Genozid, wie immer ihr es auch nennen wollt“. Die Rede führte zu heftigen Protesten der Regierungspartei AKP, deren Abgeordnete eine Suspendierung des armenischen Abgeordnete als Disziplinarmaßnahme forderten.

(GV) (Fides 16/1/2017)

USA: Keine Sonderregelungen für Kubaner

Katholische Bischöfe sind enttäuscht über die Abschaffung der Sonderregelungen für kubanische Einwanderer

Austin (Fides) – Die US-amerikanische Bischofskonferenz (USCCB) äußert sich “enttäuscht” über die Abschaffung der Sonderregelungen zum Schutz kubanischer Einwanderer. Man werden sich mit der Regierung unter Donald Trump, darum bemühen, dass Asylbewerber “human behandelt werden”.

Der Vorsitzende der bischöflichen Kommission für Migranten, Bischof Joe Vasquez von Austin (Texas), betont in diesem Zusammenhang, dass dies “plötzliche Kursänderung”, die der scheidende Barack Obama kurz vor Ende seiner Amtszeit auf den Weg brachte, besonders verletzte Gruppen in Schwierigkeiten bringen werde, die auf der Suche nach Schutz sind: dazu gehörten insbesondere auch kubanische Asylbewerber, unter denen sich auch viele Kinder und Opfer des Menschenhandels befinden.

(CE) (Fides, 14/01/2017)

Weltweit: 200 Millionen verfolgte Christen

Weltverfolgungsindex steht in der Kritik - Deutsche Bischofskonferenz: Wir sind mit Blick auf die Methodik skeptisch

Berlin (idea) – Die neue Statistik des christlichen Hilfswerks Open Doors (Santa Ana/US-Bundesstaat Kalifornien) über verfolgte Christen stößt auf Skepsis und Kritik. Die Organisation hatte in ihrem Weltverfolgungsindex die Zahl der betroffenen Christen von bislang 100 auf 200 Millionen angehoben. Sie begründete die Neubewertung unter anderem mit „großen Umwälzungen“, etwa der Ausweitung islamistischer Netzwerke beispielsweise in Afrika und im Nahen Osten. Die bisherige Angabe habe auf vor mittlerweile neun Jahren ermittelten Schätzungen beruht.

Bosse-Huber: EKD sieht davon ab, Verfolgung quantitativ zu erfassen

Die EKD-Auslandsbischofin, Petra Bosse-Huber (Hannover), äußerte sich gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur idea mit Blick auf die neue Zahlen zurückhaltend. Gesellschaftliche und politische Verhältnisse seien hochkomplex und nur schwer erfassbar. Zudem sei die Datenlage insbesondere in Konfliktregionen unsicher. Auch könne meistens nicht festgestellt werden, wie entscheidend der Faktor Religion wirklich für Unterdrückung und Verfolgung sei: „Seriöse Studien problematisieren solche Herausforderungen und belegen nachvollziehbar, wie die Zahlen zustande kommen.“ Die EKD sehe aufgrund der „kaum aufzulösenden Herausforderungen davon ab, die Bedrängung und Verfolgung von Christen quantitativ zu erfassen“. Sie sagte ferner, dass in den betroffenen Ländern häufig nicht nur Christen verfolgt werden, „sondern jegliche religiösen und ethnischen Minderheiten, Dissidenten und andersdenkende Menschen“. So richte sich die Gewalt der islamischen Terrorgruppe Boko Haram im Norden Nigerias beispielsweise nicht nur gegen christliche Gemeinden, sondern auch gegen Muslime, die sich ihnen nicht unterwerfen.

Deutsche Bischofskonferenz: Genaue Zahlen sind schwer zu ermitteln

Der Pressesprecher der (katholischen) Deutschen Bischofskonferenz, Matthias Kopp (Bonn), teilte auf idea-Anfrage mit, dass Verfolgungen und Gewalt aufgrund einer Religionszugehörigkeit oft entlang „sich überlappender religiöser, ethnischer, wirtschaftlicher, sozialer und politischer Spannungsfelder“ verliefen. Open Doors weise darauf hin, dass gesellschaftliche und politische Einschüchterungen Christen teilweise daran hinderten, überhaupt ihren Glauben zu bekennen: „Gerade deshalb ist es aber nach unserer Auffassung schwierig, genaue Zahlen zu ermitteln.“ Man sei mit Blick auf die Methodik von Open Doors „skeptisch“.

Gustav-Adolf-Werk nimmt die neue Zahl „mit Verwunderung“ wahr

Der Generalsekretär des Gustav-Adolf-Werks (GAW/Leipzig), Enno Haaks, sagte gegenüber dem Evangelischen Pressedienst (epd), dass man die Verdoppelung „mit Verwunderung“ wahrgenommen habe. Er bezweifle, dass es dabei immer um eine konkrete Verfolgung von Christen gehe. Sie seien zwar oft in ihrer Religionsausübung beschränkt oder hätten keine Religionsfreiheit, dann gehe es meist aber auch gesamtgesellschaftlich um die Verletzung von anderen Menschenrechten. Haaks plädierte dafür, beim Begriff Verfolgung internationale Standards heranzuziehen, etwa die Genfer Flüchtlingskonvention. Auf dem Weltverfolgungsindex von Open Doors stünden auch die katholisch geprägten Länder Mexiko und Kolumbien. Dort gebe es bewaffnete Konflikte, und Christen würden zwar von ihrem Land vertrieben – aber nicht, weil sie Christen seien, sondern weil es „massive Ungerechtigkeiten und Gewaltstrukturen“ gebe. Es sei jedoch positiv, dass es Open Doors gelungen sei, auf die Situation von verfolgten Christen hinzuweisen. Die Organisation sei „stark“ beim Thema christliche Konvertiten besonders im islamischen Umfeld. Das Gustav-Adolf-Werk ist das Diasporawerk der EKD.

Open-Doors-Leiter: Den Kritikern geht es um Definitionen, den Christen um Schutz

Der Leiter von Open Doors Deutschland, Markus Rode (Kelkheim bei Frankfurt am Main), wies die Kritik von Haaks gegenüber idea zurück. Seine Aussage sei nicht nachvollziehbar. Die Genfer Flüchtlingskonvention bilde genau das ab, was Haaks an der Definition von Open Doors kritisiere: „Als Verfolgung gilt demnach unter

anderem die Anwendung physischer oder psychischer Gewalt, einschließlich sexueller Gewalt, gesetzliche, administrative, polizeiliche und/oder justizielle Maßnahmen, die als solche diskriminierend sind oder in diskriminierender Weise angewandt werden, unverhältnismäßige oder diskriminierende Strafverfolgung oder Bestrafung und die Verweigerung gerichtlichen Rechtsschutzes.“ Open Doors gehe es um Hilfe für Christen, die ausschließlich aufgrund ihres Glaubens Verfolgung erleiden. Rode: „Es mag Kritikern um Definitionen gehen, verfolgten Christen geht es um Schutz und Hilfe.“

Volker Kauder: Die Lage der Christen wird immer dramatischer

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, bezeichnete es hingegen als „ein Alarmzeichen“, dass 200 Millionen Christen ihren Glauben nicht frei leben könnten und in der Ausübung ihrer Religionsfreiheit eingeschränkt seien. Die Lage der Christen werde in vielen Regionen der Welt immer dramatischer. Die Bundesregierung müsse in ihrer Außen- und Entwicklungspolitik weiterhin auf die Einhaltung der Religionsfreiheit pochen. Der Vorsitzende des Stephanuskreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Prof. Heribert Hirte, erklärte, dass Religionsfreiheit auch in muslimisch geprägten Ländern für alle gewährleistet sein müsse: „Neben den Christen leiden auch viele Muslime unter der Gewalt von Extremisten und unter Herrschern, die Religion zur Festigung ihrer Macht missbrauchen.“

Anmerkung AKREF: Lesen Sie auch hierzu den Bericht vom Leiter Open Doors Markus Rode in [Die Tagespost](#)

Weltweit: Alle sechs Minuten stirbt ein Christ

US-Zentrum für Weltchristenheit: 90.000 Christen wurden 2016 wegen ihres Glaubens getötet

Hamilton (idea) – Rund 90.000 Christen sind im vergangenen Jahr den Märtyrertod gestorben. Das haben Untersuchungen des Zentrums für Studien der Weltchristenheit am theologischen Gordon-Conwell-Seminar in South Hamilton bei Boston (US-Bundesstaat Massachusetts) ergeben. Das bedeute, dass alle sechs Minuten ein Christ irgendwo auf der Welt allein wegen seines Glaubens getötet werde. Diese Situation sei aber nicht neu: Weltweit seien zwischen 2005 und 2015 über 900.000 Christen ermordet worden. Wie das Zentrum mitteilte, beruhen die Zahlen auf Untersuchungen und Schätzungen. Etwa 270.000 der Getöteten seien bei Terroranschlägen ums Leben gekommen, die Übrigen vor allem bei gewalttätigen Stammeskonflikten in Afrika. Von Märtyrern spricht das Zentrum nach eigenen Angaben dann, wenn Christen in einer Situation getötet wurden, bei der sie ihren Glauben bekannten, oder sie Opfer von länger andauernden Feindseligkeiten wurden. Gordon-Conwell-Seminar ist eine der größten evangelikalischen Ausbildungsstätten in den USA mit über 2.000 Studenten.

Disclaimer: Die Deutsche Evangelische Allianz und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von DEA oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF-Nachrichten unterstützen möchten, können Sie gerne eine Spende richten an:

Deutsche Evangelische Allianz
Konto Nr. 416800 EKK, BLZ 520 604 10
Verwendungszweck "AKREF"

Links

www.csi-de.de
www.ead.de/arbeitskreise/islam/arbeitskreis-islam.html
www.ead.de/arbeitskreise/religionsfreiheit/arbeitskreis-religionsfreiheit.html
www.ead.de/arbeitskreise/religionsfreiheit/gebetsanliegen/aktuelle-woche.html
www.h-m-k.org
www.hilfsbund.de
www.hoffnungszeichen.de
www.idea.de/nachrichten.html
www.islaminstitut.de
www.kirche-in-not.de
www.opendoors.de
www.pro-medienmagazin.de
www.stanet.ch/APD
www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de
www.igfm.de
www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]
www.barnabasfund.org
www.csi-int.ch
www.forum18.org (Forum 18 News Service)
www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]
www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]
www.persecutedchurch.org
www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]